

# Arbeiter-Zeitung

Verbreitet die Wählermarken der Kommunistischen Partei  
Preis: 10 Pf. pro Stück  
Wochenspreis: 60 Pf.  
Monatspreis: 1,80 M.  
Halbjahrspreis: 9,00 M.  
Jahrespreis: 16,00 M.  
Einzelposten: 10 Pf.  
Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile pro Tag  
Abonnementspreis: 10 Pf. pro Tag  
Einzelposten: 10 Pf.  
Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile pro Tag  
Abonnementspreis: 10 Pf. pro Tag

**für Schlesien und Oberschlesien**  
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Zechener Str. 60, Tel. 500 99.  
Postfach 1111; Breslau 544, Hebbelstr.; Breslau, Zechener  
Straße 60, Tel. 239 02. Syrachell der Kasse von 12-18  
Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. Geschäftszeiten:  
Gleitberg, Weststr. 26, Tel. 4085; Dypeln, Kopalitzer Str. 11, Tel. 1804;  
Gleitberg, Kuntz & Kellner 2384, Geschäftszeiten 8-10 Uhr, Geschäfts-  
stand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Edler, Verlagsgesellschaft  
m.B.H., Breslau. — Druck: „Neubau“-Verlag, P.O. Breslau, Zechener Str. 60.

## Klassengenossen, zu uns!

### Waldenburger SA.-Genossen folgen dem Schritt der Genossin Reese und kommen zur Kommunistischen Partei — Uebertritt einer Reichsbanner-Ortsgruppe in Duderstadt-Gisfeld

Unserer Redaktion ist nachstehender Brief sozialdemokratischer Arbeiter und Jungarbeiter aus Nieder-Salzbrunn, die dem Schritt der Genossin Reese-Hannover folgend, ihren Austritt aus der SPD. und ihren Uebertritt zur Kommunistischen Partei erklären, zugegangen. Die in der Erklärung erwähnte Revue, in der die oppositionelle sozialdemokratische Arbeiterjugend in einer Vorlesung die Panzerkreuzer-Politik der SPD. glossiert hatten, behandeln wir in einem anderen Artikel in der Beilage.

Nieder-Salzbrunn, 13. November.

Als langjährige Mitglieder der SPD. bzw. der SA. sind wir nun infolge objektiver Beobachtung und besserer Einsicht endgültig zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Politikkführung der SPD. namentlich nach der von ihr ausgezogenen Koalition in keiner Weise geeignet ist, auch nur die geringsten Erfolge für die Arbeiterschaft herauszuholen. Hierfür noch Begründungen anzuführen, erübrigt sich, da dies ja erst kürzlich an gleicher Stelle von weit besser unterrichteter Seite getan worden ist.

Es bleibt uns nur noch übrig, einige Tatsachen und Erfahrungen mit dem hiesigen SPD.-Verein aufzuführen. Als ehemalige oppositionelle Jugendgenossen der SA. sahen wir unsere Hauptaufgabe darin, durch marxistische Schulungs- und Diskussionsarbeiten auf die Rehabilitierung besonders der Jugendlichen hinzuwirken. Diese, unsere marxistische Tätigkeit (die für ein verböhrtetes SPD.-Hirn gleichbedeutend mit „bolschewistischer Wühlarbeit“ ist, wie das auch einige führende SPD.-Kadern sowie der Kreisleiter der SA. ausdrücklich betont haben), wurde uns berart übel genommen, so daß man mit Hilfe des Kreisvorstandes der SA. und des sozialdemokratischen Parteisekretärs systematisch auf unsere Isolierung von den Jugendlichen und schließlich auf unseren Ausschluß hinarbeitete. Zu bemerken ist, daß dazwischen die von der SA. ausgeführte Abendveranstaltung zur Malfeier der SPD. stattfand, die durch ihren Kampfscharakter durchaus nicht den Erwartungen der tonangebenden Amtshaus-Sozialdemokraten entsprach, uns aber durch den starken Beifall der anwesenden Arbeiter zeigte, daß unsere, in eine Revue zusammengefaßte Kritik an den letzten Entscheidungen berechtigt war, und ganz nach dem Empfinden der Arbeiter gehandelt hatten. Auf den Bericht, der daraufhin in der „Arbeiter-Zeitung“ erschien, war es wohl zurückzuführen, daß von neuem in verstärktem Maße gegen uns zum Angriff aufgerufen wurde.

Durch die geschlossene Abwehrfront der Jugend ist das ganze jedoch zum Scheitern gebracht worden, und aus Angst vor einer blamablen Abfuhr hat man die Sache dann stillschweigend in der Verfertigung verschwinden lassen. Wir ziehen daraus die Konsequenzen, weil wir aus diesen Erfahrungen gelernt haben, daß Klassenbewußtsein und revolutionäre Weltanschauung in der SPD. als ein Übel betrachtet wird. Deshalb, heraus aus der Partei der Niederlagenpolitik, hinein in die einzige Klassenkampforganisation der Arbeiter, die KPD.

Nieder-Salzbrunn, den 12. November 1929.

H. Schiller, Fritz Neumann

Als vor einigen Wochen in Waldenburg frühere Mitglieder der Kommunistischen Partei, die seit langem mit der revolutionären Arbeiterbewegung gedrohen hatten und zu Stützen der Sozialfaschisten und der Gewerkschaftsbürokratie geworden waren, zur SPD. übergingen, erhob die „Bergwacht“ sowie die gesamte übrige sozialdemokratische Presse Schlesiens ein großes Geschrei über „Flucht aus der KPD.“ Damit wollte die „Bergwacht“ die Tatsache verbeden, daß es unter der schlesischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft gärt, daß die Mitgliederflucht immer stärker wird und die besten aktivsten sozialdemokratischen Arbeiter voller Empörung die Partei verlassen. Der Brief, den wir heute veröffentlichen, bedeutet nicht allein, daß zwei aktive, klassenbewußte sozialdemokratische Arbeiter und Jungarbeiter zur Kommunistischen Partei übertreten. Dieser Brief hat große politische Bedeutung, weil er ein Symptom ist für die Massenempörung weitester Kreise der Arbeiter-

Klasse gegen die sozialdemokratische Schandpolitik.

Tausende sozialdemokratischer schlesischer Arbeiter sind zu der gleichen Erkenntnis wie die Genossen Schiller und Neumann gelangt, haben aber bisher den letzten konsequenten Schritt, den Bruch mit der Panzerkreuzer-Partei und den Uebertritt zur KPD., gescheut. Wir sind überzeugt, der Schritt, den die Genossen Neumann und Schiller getan haben, wird in den weitaus meisten Kreisen des schlesischen Proletariats ein lebhaftes Echo finden. Die Arbeiter, die bisher den letzten Schritt gescheut haben, werden dem Beispiel der Genossen Neumann und Schiller folgen. Sie werden erkennen, daß es jetzt nicht darauf ankommt, gegen die SPD.-Politik in Resolutionen zu protestieren, oder in kleinen Kreisen zu rasonieren, sondern daß es jetzt gilt zu bekennen und einen ganzen Schritt zu tun. Im eigenen Leibe haben die schlesischen Proletarier — wir erinnern an den Verrat, den die SPD. und Gewerkschaftsbürokratie in der letzten Zeit an den ausgesperrten Textilarbeitern begangen hat — die Folgen und die Früchte sozialdemokratischer Politik gespürt. Die vermißte Politik der SPD. und der Gewerkschaftsbürokratie wirkt sich besonders katastrophal auf die hungernden schlesischen Arbeiter aus. Hier sind die erbärmlichsten Hungerlöhne, das gräßlichste Wohnungsfehlend, die meisten Arbeitslosen und Kurzarbeiter. Darum, ihr ausgebeuteten schlesischen Arbeiter, nehmt euch ein Beispiel an den

Genossen Schiller und Neumann, macht Schluss mit der Partei der Sozialfaschisten, die euch in immer größerem Grade treibt, reißt euch ein in die kommunistische Partei, kämpft und siegt mit ihr, seht alle Kräfte ein für den Sieg der kommunistischen Liste.

Wählt in Niederschlesien die Liste 6!

Wählt in Oberschlesien die Liste 3!

Eine von der SPD. einberufene öffentliche Wahlversammlung in Duderstadt-Gisfeld hatte das für die Enderuser erwartete Ergebnis, daß der sozialdemokratische Redner auf das Schlusswort verzichten mußte, und die Reichsbannergruppe des Ortes geschlossen den Ausführungen des kommunistischen Redners zustimmte und ihren Uebertritt zur KPD. erklärte. Der Bezirk Niedersachsen konnte allein am 9. und 10. November drei neue Ortsgruppen der KPD. gründen, und zwar in Wathlingen und Hoyer im Kreis Zelle und in Neustadt am Rübenberge. Ueberall stimmen zahlreiche SPD.-Arbeiter dem Uebertritt der Abgeordneten Reese zur KPD. zu und folgen ihrem Beispiel. Diese Tatsachen beweisen, was in der heutigen Situation herausgeholt werden kann, wenn unsere Genossen überall aktiv eingreifen und der Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter über die verräterische Politik ihrer Partei zum Ausdruck verhelfen.

## Erneutes Anwachsen der Arbeitslosigkeit Ueber eine Million Unterfützte!

Nach den amtlichen Mitteilungen ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung auf 889 000 und in der Krisenfürsorge auf 172 000, insgesamt also auf 1 061 000 im Oktober gestiegen.

Im Oktober 1928 waren 1 307 690 Arbeitsuchende angemeldet. Davon erhielten Versicherungs- und Krisenunterstützung 763 959. Allein bei den Unterstützungsempfängern ist also in diesem Jahre eine Steigerung um 297 071 Personen eingetreten. Rechnet man hierzu die Nichtbezugsberechtigten und Ausgesteuerten, so dürfte die Gesamtzahl der Arbeitslosen Ende Oktober 1 800 000 betragen.

Diese Zahlen sind die ersten Auswirkungen der neuen Rationalisierungswelle. Trotz steigender Produktion und Profiten werden immer neue Massen aus Straßenpflaster geworfen. Immer größer wird die Elendsarmee, die den Straß- und Sperrbestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und den Schilantierungen auf den Arbeitsämtern ausgesetzt ist. Hunderttausende Familien sind durch den Unterstützungsabbau dem Hunger preisgegeben.

Und diesen hungernden Arbeitslosen hat die SPD. durch das neue Abbaugesetz die Unterstützung beschritten. Am 17. November wird die Arbeiterklasse mit den Unterstützungskräubern abrechnen.

Jede Stimme für die Liste der Kommunistischen Partei!

### Mit Riesenschritten vorwärts!

Das Dnjepr-Projekt wird vor Ablauf der vorgesehenen Frist vollendet

Moskau, 12. November. Aus Rischkas, wo sich die Zentraleleitung des Dnjepr-Projekt befindet, wird gemeldet:

Am linken Dnjepr-Arm wurden am 11. November, einen Monat vor dem festgelegten Termin, die Betonarbeiten zu Ende geführt. Ueber 100 000 Kubikmeter Betonarbeiten wurden in dreieinhalb Monaten vollendet. Dieses Arbeitstempo, daß das amerikanische Arbeitstempo überflügelt, wurde dank der außerordentlichen Reizant-

isierung und der breiten Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbes erzielt. Die enorme Bedeutung dieser Leistung ist klar, namentlich, wenn man in Betracht zieht, daß eine verspätete Durchführung des Arbeitsprogrammes am linken Dnjepr-Arm eine Verzögerung des Baues um ein ganzes Jahr hervorgerufen hätte.

In einem auf der Arbeitsstätte abgehaltenen Meeting wurde der Beschluß gefaßt, an das ZK. der KPSU, das ZK. der KP. der Ukraine, an das Zentralkomitee der Sowjetunion und an das Zentralkomitee der Ukraine Telegramme zu senden, in denen die Arbeiter geloben, die Arbeit auch weiterhin im gleichen Tempo fortzusetzen und den Eisenbau am Dnjepr vor Ablauf der vorgesehenen Frist zu vollenden.

### Acht Bergleute auf dem Hans-Heinrich-Schacht eingeschlossen

In der 4. Abteilung des Hans-Heinrich-Schachtes wurde infolge Zubruchgehens der Grundtreibe die gesamte Belegschaft des östlich am Bremsberg gelegenen Strebes einschließlich des anwesenden teilungsleiters eingeschlossen. Erst nach mehrstündigen Rettungsarbeiten gelang es, die Bergleute zu befreien. Glücklicherweise sind die eingeschlossenen ohne jegliche gesundheitliche Schäden davongekommen. Es konnte aber sehr leicht anders gekommen sein. Die Ursache ist auch hier in der maßlosen Jagd nach Kohle zu suchen, wobei die Grubenbesitzer die Arbeiter zwingen, alle Sicherheitsmaßnahmen außer acht zu lassen.

Selbstmord des Ministerpräsidenten des Irak. — Tel. London, 14. November. Der Ministerpräsident des Irak-Gebietes Abd ul R u h i hat sich, nach Bagdad-Meldungen, am Mittwochabend gegen 10 Uhr im Beisein seiner Familie erhängt. Die in aller Eile herbeigerufenen europäischen Ärzte konnten nur noch seinen Tod feststellen. Die Nachricht von dem Selbstmord wurde erst beträchtliche Zeit später in Bagdad bekanntgegeben.

# Wählt Kommunisten: Liste 6 in Nieder-Schlesien Liste 3 in Ober-Schlesien

# Kopfsteuer auf Proletarier!

## Antwortet am Sonntag mit der Wahl der SPD.,

### Liste 6 Niederschlesien, Liste 3 Oberschlesien!

Die sozialdemokratische Koalitionsregierung hat zu einem neuen Schlag gegen die Werktätigen aus. Der Finanzminister der SPD, Rudolf Hilferding, hat in Gemeinschaft mit dem deutschnationalen Reichsfinanzpräsidenten Gschägl und den Scharfmachern des Reichsverbandes der deutschen Industrie ein Finanzprogramm entworfen, durch das Kapitalisten eine Entlastung um 1,5 Milliarden Mark, die

Verbrauchersteuern oder eine Erhöhung von 400 bis 500 Millionen erfahren sollen. Infolgedessen werden die finanziellen Leistungen des Reiches an die Kommunen immer mehr gekürzt, um jede soziale Ausgabe, die ein Stadtparlament unter kommunistischem Druck etwa beschließen könnte, von vornherein unmöglich zu machen.

Aber Hilferdings toller Streich, die Verteilung seines ersatzlosen Konsumverbrauchsprogramms, wird der proletarischen Öffentlichkeit nicht immer verschwiegen; aus Angst vor den kommunistischen Maßnahmen, die in nicht wenigen Gemeinden aus den Wahlen am nächsten Sonntag hervorgehen werden, will Hilferding seine

finanzpolitischen Diktatur über alle deutschen Kommunen erlassen! Es wird geplant, ein für allemal den Gemeinden und den Städten das Recht zu nehmen, sich durch Steuern, die das Kapital belasten, Maßnahmen zur Erhaltung ihrer wichtigsten sozialen Ausgaben im Interesse der Werktätigen zu verschaffen. Statt dessen will Hilferding die reaktionärste Steuer, nämlich die Kopfsteuer, den

Gemeinden als Haupteinnahmequelle zuweisen. Nicht genug damit, daß durch die heutige sozialdemokratische Steuergebarung das Proletariat den Hauptteil sowohl der direkten als auch der indirekten Steuern trägt, haben wir trotz aller durch die bevorstehenden Wahlen bittersten Ablehnungsversuche vor der Einführung dieser Kopfsteuer, die jeden Arbeiter, jede Arbeiterin, jedes proletarische Kind auf das Härteste trifft, während sie für den Reichen eine Lappalie ist.

Gute Steuerlast, Werktätige, wird ins Unendliche wachsen, wenn ihr Sozialdemokraten oder Deutschnationalen, Demokraten oder Sozialisten, Deutsche Volkspartei oder die Liste der Hauspatas wählt, die sich jetzt schon auf die von der Braun-Regierung zugesicherte 20prozentige Mieterhöhung ab 1. Januar 1930 freuen. Nur an der proletarischen Millionenfront, unter Führung der kommunistischen, werden die arbeiterfeindlichen Anschläge der Koalitionsregierung und des Koalitionsmagistrats zerfallen.

Der 17. November muß ein Tag des proletarischen Millionenbewusstseins gegen die sozialdemokratischen Verbündeten der herrschenden Klasse, muß ein allgemeiner Kreuzschlag für die kommunistische Partei und den von ihr geführten revolutionären Befreiungskampf werden.

### Es lebe der Sieg der SPD!

dem Landesgericht eingeliefert. Dank dieser Terrormaßnahmen gegen die Kommunisten konnte der heutige Aufruch sowohl der Heimwehren wie auch der Sozialdemokraten in Graz „ruhig“ verlaufen.

## Opfer der Antreiberei

Von der Walze zerstampft. — TIL. P. A. 10. 13. November. Am Dienstagvormittag stieß ein 20-jähriger Arbeiter mit dem Hand in die Grobwalzwerke, wurde von der Maschine erfasst und auf der anderen Seite nur noch als formlose blutige Masse herausgeschleudert. Der Verunglückte ist bei der Arbeit ausgeglitten und war erst einen Tag an der Walze beschäftigt.

Schwerer Straßenbahnunfall in Zürich. — TIL. Basel, den 13. November. In der Gloriastraße in Zürich hat sich ein schwerer Straßenbahnunfall ereignet. Auf der steil abfallenden Straße kam ein Straßenbahnwagen mit Anhängern infolge des Regens ins Rutschen. Der Strombügel brach ab, so daß es dem Wagenführer nicht möglich war, die durch den Strom betriebene Bremse in Tätigkeit zu setzen. Da die Handbremse nicht genügte, fuhr der Zug in der Kurve mit voller Wucht gegen die hohe Mauer der meteorologischen Anstalt. Der Motorwagen wurde vollständig zerdrückt. Der Wagenführer kam wie durch ein Wunder ohne Verletzungen davon. Von den Insassen wurden 19 verletzt. Der größte Teil konnte nach Anlegung von Notverbänden seine Wohnungen aufsuchen.

Unfall oder Verbrechen? — Der Tod auf den Eisenbahngleisen. TIL. Freiburg, 13. November. Am Mittwoch früh wurde auf der Eisenbahnstrecke zwischen Nieder-Oberrhein und Muldenhütten ein Toter aufgefunden. Es handelt sich um einen Mann, der sich vorher im D-Zug Reichenbach-Dresden befand. Es steht noch nicht fest, ob es sich um einen Unfall oder ein Verbrechen handelt. In dem Toten wurde ein Mann mit Namen Hählich aus Plauen ermittelt. Er hatte wenig Geld bei sich. In dem Zug war die Notbremse gezogen worden. Man hat noch nicht festgestellt können, wer es gewesen ist.

# Verstärkter Terror gegen Hamburger SPD.

## Massendemonstration beim Begräbnis des ermordeten Jugendgenossen — Auch die Wahlzeitung der SPD. verboten — Betriebszeitungen als Antwort!

Hamburg, 12. November. (Fig. Drahtbericht.) Das Verbot der „Hamburger Volkszeitung“ auf Grund des Diktatorparagraphen 48 hat einen Sturm des Protestes in den Hamburger Betrieben ausgelöst. Überall gehen die Betriebe dazu über, selbstständig Betriebszeitungen herauszugeben, die von den Belegschaften mit riesiger Begeisterung aufgenommen werden. Der sozialdemokratische Polizeikommissar Gschägl hat auch die vom Landtagsabgeordneten Genossen Gschägl herausgegebene Wahlzeitung der SPD. für Hamburg verboten. Damit ist der kommunistischen Partei jede legale Presseorgane für die Wahlen unmöglich gemacht.

Einen überwältigenden Beweis seines ungebrochenen Kampfes gab das Hamburger Proletariat am 11. und 12. November bei der Aufhebung und bei der Beerdigung des von den Polizeibekleideten Gschägl ermordeten Jugendgenossen Schröder.

Bei der Beerdigung ging die Polizei zu neuen Provokationen über. Der Kommandant des am Hafenkranenhaus stationierten Ueberfallkommandos drohte sogar der wartenden Menge, die Beerdigung zu sperren. Auf dem Rückweg wurden erneut zwei Arbeiter auf offener Straße verhaftet.

Trotz dieses Terrors gestaltete sich am 12. November die Beerdigung des Genossen Schröder zu einem mächtigen Aufmarsch der Hamburger Arbeiterschaft. Der Sarg verschwand fast in einem Meer von roten Fahnen. 50 Kranzdelegationen, darunter solche des SPD., der Antifaschistischen Jungen Garben und der nicht zu verachtenden roten Jungfrauen in voller Uniform gaben dem Toten das letzte Geleit. Im Schein der Fackeln sprach dann im Krematorium ein Vertreter des kommunistischen Jugendverbandes Wasserlants. Unter den Klängen des russischen Trauermarsches sank der Sarg in die Tiefe.

In eiserner Geschlossenheit und Disziplin, die die immer wiederholten Provokationen der auf neun Lastautos erschienenen Gschägl-Polizei zurückwies, zog dann die Demonstration bis zum Winterhüber Marktplatz.

## Kommunistische Demonstrationen in Wien und Graz

Wien, 12. November.

Trotz des Verbotes rief die kommunistische Partei Österreichs die Arbeiterschaft heute auf, auf dem Freiheitsplatz gegen die kapitalistische Republik und für die Arbeiterkräfte zu demonstrieren. In der Umgebung des Freiheitsplatzes, wo der sozialdemokratische Demonstrationenzug vorbeimarschierte, wurden von der kommunistischen Partei fliegende Rundgebungen veranstaltet, in denen mehrere Redner sprachen. Beim Rathaus fand ebenfalls eine fürmische Demonstration der Kommunisten statt. Die Polizei war angesichts des offensiven Auftretens der Kommunisten und der Massenansammlung an dieser Stelle nicht in der Lage, gegen die Demonstranten vorzugehen.

In Graz veranstaltete die kommunistische Partei gestern Nachmittag und abends gegen die anstehenden Heimwehren große Rundgebungen, an denen auch nichtkommunistische Arbeiter teilnahmen. Es kam zu Zusammenstößen. Polizisten, die zu Fuß und mit Motorvähern den Zug des Heimwehreges begleitet hatten, versuchten vergeblich, die Demonstranten abzuklinken. Dies gelang erst, als Militärabteilungen eingesetzt wurden. Im Verlauf des gestrigen Tages und heute wurden zahlreiche Genossen der Grazer Organisation verhaftet. Ein Genosse wurde wegen Hochverrat

## Kommunistische Wahlversammlungen

### Siegen

Freitag, um 20 Uhr, im „Wintergarten“. Referent ist der Genosse August Reimann - Breslau. Partei und die Arbeiterweh: treten um 19 Uhr am Friedrichsplatz an.

### Strehlen

Donnerstag, 14. November, um 20 Uhr, bei Wende („Stadt Breslau“). Referent Genosse Bollweber.

### Jauer

Freitag, den 15. November, im „Grünen Baum“.

### Glogau

Freitag, um 19.30 Uhr, öffentliche Rundgebung am Dominikanerplatz. Referent: Reichstagsabgeordneter Ottomar Gschägl - Berlin. Antritt 18.30 Uhr Domsfreiheit zur Demonstration.

### Ohlau

Freitag, um 20 Uhr, spricht im Lokal von Haupt der Genosse Kellermann - Berlin über „Massenleben, das Ergebnis bürgerlich-sozialdemokratischer Koalitionspolitik“.

### Beistertitz

Sonnabend, 20 Uhr, bei Mania, Einwohnerversammlung. Die kommunistische Gemeindevertreterfraktion erklart über ihre Arbeit im Gemeindeparlament Bericht. Referenten sind die Genossen Gemeindevertreter Broske - Beistertitz und Chefredakteur Dombrowski - Breslau. Anschließend Auftreten der Theatergruppe „Die roten Knäuel“. Eintritt frei!

# „Der stille Don“

Copyright by Verlag für Literatur und Politik Berlin-Wien

Kosakenroman von Michael Scholochow

Fast einhalb Jahre verzieh er ihr nicht die ihm angetane Kränkung, bis zur Geburt ihres Kindes dauerte dieser Zustand. Dann beruhigte er sich, doch geizte er immer noch mit seiner Liebe und seinen Liebessorgen, und verbrachte auch weiterhin nur selten die Nächte zu Hause.

Die Wirtschaft mit dem vielen Vieh machte Alexinja viel zu schaffen. Stepan war in der Arbeit kräfte; er kümmerte sich das Haar, ging zu seinen Kameraden rauchen, Karten spielen, aber die Vorneigungen hatten, und Alexinja mußte sich um alles kümmern, um das Vieh, um die Wirtschaft. Die Schwiegermutter war eine schlechte Hilfe. Wenn sie nur ein wenig gearbeitet hätte, fiel sie auf das Bett, verzog den kleinen Mund, parierte mit Bliden, die von Schmerz wild waren, auf die Decke, schinte, irrsinnig sich. In solchen Augenblicken erschienen auf ihrem, von schwarzen, großen, häßlichen Muttermalen entstellten Gesicht runde, flinkende Schweißtröpfchen, die Augen schloßen sich mit Tränen, die langsam herunterriesen. Alexinja ließ in diesen Fällen ihre Arbeit stehen, vertrat sich in einem Winkelchen, und sah ängstlich und mitteilich das Gesicht der Alten an.

Ein Jahr später nach die Schwiegermutter. Eines Tages begannen in der Frühe bei Alexinja die Wehen, und gegen Mittag, eine Stunde bevor das Kind zur Welt kam, kam die Alte neben der Tür der alten Schenke. Die Hebamme, die aus der Stube hinausgelaufen war, um des betrunkenen Stepan vorzubereiten, daß seine Frau niederkommt und er nicht in die Stube kommen dürfe, ließ auf Alexinjas Schwiegermutter, die mit hoch hinausgezogenen Beinen auf dem Fußboden lag. Nach der Geburt des Kindes kam Alexinja ihrem Manne näher, doch war das seine Liebe, das war nur bitteres Weibermitleid und Gemohnheit. Das Kind starb, bevor ein Jahr um war. Das Leben ging seinen alten Gang. Und als Gschägl

Melchom Alexinja in den Weg kam und mit ihr zu schlafen begann, empfand sie mit Entsetzen, daß dieser schwarze, lebenswichtige Busche sie mächtig anziehe. Hartnäckig wie ein Eiter warb er um sie, und diese Hartnäckigkeit war es, die Alexinja so erschreckte. Sie sah, daß er Stepan nicht fürchtete, fühlte mit ihrem ganzen Innern, daß er nicht loder lassen werde, und weil sie verstandesmäßig gegen diese Sache war, wehrte sie sich dagegen. Sie beobachtete, daß sie an Feiertagen, ja sogar an gewöhnlichen Tagen sich sorgfältiger anzog und bemüht war, so oft wie möglich Grigorij zu begegnen. Warm und wohl wurde es ihr, wenn die Blide seiner schwarzen Augen sie toll und heiß liebkosten. In der Frühe, wenn sie aufstand, um die Kühe zu melken, lächelte sie, und ohne noch recht aufgewacht zu sein, dachte sie schon: „Heute ist's so freundlich zu mir. Was ist denn los? ... Ach ... Grigorij ... Grischka ...!“ Dieses neue, sie ganz erfüllende Gefühl erschreckte sie, und ihre Gedanken gingen tastend, vorsichtig durch das Kopf, wie man in Wärdtagen über das poden-narbige Eis des Don zu gehen pflegt.

Als sie Stepan begleitet hatte, beschloß sie, so selten wie möglich mit Grischka zusammenzutreffen.

### VII

Zwei Tage vor Pfingsten wurde jedem der Dorfbewohner ein Stück der gemeinschaftlichen Wiesen zum Mähen zugeteilt. Pantelej Prokofjewitsch ging zur Aufstellung und kam zu Mittag nach Hause. Er zog ängstlich die Stiefel von den Füßen, rief die vom Gehen aufgeregten Heu und sagte:

„Unser Teil liegt beim Krassnower Hügel. Das Gras ist dort nicht sehr schön. Die Wiese grenzt an den Wald, es gibt da viele lahle Flecke und auch Hundsgras wächst dort.“

„Wann werden wir mähen?“ fragte Grigorij.

„Nach den Feiertagen.“

„Nehmen wir Darja mit?“ fragte die Alte. Pantelej Prokofjewitsch machte eine Handbewegung, die sagen sollte: „Laß mich in Frieden.“

„Wenn's notwendig sein wird, nehmen wir sie mit. Gib uns lieber das Essen, was steht da da mächtig herum?“

Die Alte lapperte mit der Zung, nahm einen Löffel mit auf-gewandtem Kruststübe heraus. Während des Essens erzählte Pan-

telej Prokofjewitsch lang und breit über den schurkischen Hetman, der die ganze Gemeinde betrügen wollte.

„Wer wird harken, Väterchen?“ fragte Darja schüchtern.

„Was willst du denn tun?“

„Ich werde allein nicht fertig werden ...“

„Wir werden Alexinja Astachowa mitnehmen. Stepan hat, wir sollen ihm helfen. Wir müssen's doch tun.“

Am nächsten Tage kam Mitka Poroschunow auf einem weißbeinigen Hengst zum Melchom'schen Hof geritten. Ein dünner Regen spritzte, Wollen hingen über dem Dorfe. Mitka stinnete, sich aus dem Sattel hinunterneigend, die Pferde und ritt in den Hof. Die Alte, die vor dem Hause stand, rief ihm zu:

„Wozu bist du hergekommen, du Scheusal?“ Ihre Stimme war merklich unfreundlich. Die Alte liebte den freischichtigen Mitka nicht.

„Was schreist du mich denn so an, Usinitshina?“ sagte Mitka erkannt und band sein Pferd an den Baum. „Ich bin zu Grischka gekommen. Wo ist er?“

„Er schläft dort in der Scheune. Hat dich der Schlag getroffen? Kannst du nicht zu Fuß gehen? Mußt reiten?“

„Ach, Lantchen, du schimpfst auch mit jedem!“ sagte Mitka gekränkt.

Er ging zur Scheune, schlug mit seiner Peitsche über die glänzenden Stiefelhäute. Grigorij schlief in einem Wagen. Mitka stieb, da hute Auge zusammenkniffend, als ziele er, Grigorij mit der Peitsche.

„Steh auf, Bauer!“

„Bauer“ war für Mitka das größte Schimpfwort. Grigorij schmeckte wie eine Feder auf.

„Was willst du?“

„Genug geschlafen!“

„Laß mich in Ruhe, Mitka, sonst werde ich böse.“

„Steh auf, es ist eine wichtige Sache.“

(Fortsetzung folgt)

Verantwortlich für Politik und Religion: Alfred Thoma, Breslau; für Walden und Religion: Dietrich und Gesellschaft: Wilhelm Bensch, Breslau; für Oberlichten: Gerhard Schulz, Glogau.

Sie schweigt zu dem Skandal in der Bauhütte — Verleumdungen gegen Genossen Wollweber — Schmutzige Epistelphantasien

Breslau, 11. November.

Das Bild vom sozialdemokratischen Korruptionssumpf haben wir in den letzten Tagen durch Kennzeichnung zweier besonders skandalöser Fälle erweitert. Zunächst stellen wir fest, daß der niederschlesische sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Buchwag seinerzeit wegen Unterschlagung von Arbeitergehältern bzw. verübten Betrug an schwangeren Proletarierinnen zu einer archonatischen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Der Bezirksvorstand der Breslauer SPD. und die „Breslauer Volkszeitung“ mühten die Möglichkeit unserer Angaben beständig. Mit einem wüsten Geschimpf über kommunistische Lumpen bestärkten sie, daß unser Schlag getroffen hat. Die Breslauer „Volkswacht“ war so verlegen, daß sie sich jedes Urteils enthielt und erklärte, „man müsse erst die Sache klären“. Handelt es sich bei Buchwag um einen, wenn auch typischen, Fall, der Deduktion von Unterschlagung durch die Sozialdemokratische Partei, so waren wir am Sonnabend vergangener Woche in der Lage, eine ganze Galerie von Haupt- und Nebenverbrechen sozialdemokratischer Führer unserer Lesern vorzuführen. Gestützt auf wiederholt geprüfte einwandfreie Unterlagen konnten wir der Leitung der schlesischen Bauhütte nachweisen, daß sie die Bauarbeiter von der Verwaltung der Genossenschaft ausschloß und die Führung einem sozialdemokratischen Kämpfer übertragen wurde, der in unterhörlter Weise mit den Interessen der Arbeiter-Schuldner trieb. Wir deckten eine launmässige, überliche Buchführung, verbunden mit Defizitwirtschaft, auf. Wir zeigten, daß Breslauer Gewerkschaftsführer über die Köpfe ihrer Mitglieder hinweg Tausende von Mark hergaben, um die Löhner in der Kasse der Bauhütte zu stoppen. Wir haben ferner den Beweis erbracht, daß die schlesische Bauhütte, die angeblich, ihr sozialdemokratisches Amt und den Kampf gegen die kapitalistischen Bauunternehmer zu führen, sich an einer Kollaboration zur Verwässerung der Staats- und zur Hochrechnung der Baukosten und damit zur schamlosen Ausplünderung der Mieter beteiligt hat. Die „Volkswacht“ als Organ der sozialdemokratischen Korruption, schweigt sich am Montag zu unseren Feststellungen aus. Am Dienstag sammelte sie ein paar verlegene Zeilen und behauptete, es wäre Pflicht der Arbeiterorganisationen, der Bauhütte auszuweichen. Das war alles. Kein Wort über die Luder- und Defizitwirtschaft. Kein Wort über die skandalöse Verhüllung und die Ausschaltung der Bauarbeiter. Keine Zeile zu unserer schwerwiegendsten Auflage, die wir gegen die Bauhütte erhoben haben, und die darin besteht, daß sie sich an der Ringbildung beteiligt hat. Dafür blöde Schimpfereien und ein Ablenkungsmanöver zur Täuschung der Breslauer Arbeitererschaft. Statt Stellungnahme zu unseren Angriffen Verleumdung der Kommunistischen Partei und ihrer Funktionäre. Zurückliegende Vorkommnisse in der „Peuwaq“-Druckerei und damit verbundene personelle Veränderungen werden von der „Volkswacht“ zu niederträchtigen, schmutzigen Verleumdungen benutzt. Ganz besonders infam ist die Verleumdung, die die „Volkswacht“ gegen den Genossen Wollweber verbreitet.

Was die Behauptungen über die „Peuwaq“ anbetrifft, so wird sich dieses Unternehmen zu den Behauptungen der „Volkswacht“ selbst äußern. Zu diesen Behauptungen, die unter anderem darin bestehen, daß die Geschäftsführung und Kassierer der „Peuwaq“ in letzter Zeit wiederholt gewechselt hätten, sei nur folgendes gesagt:

Ein sozialdemokratisches Vorgehen wird natürlich nie begreifen, daß in einem Betrieb oder Organisation der Arbeiterschaft eine Anstellung nicht vorgenommen wird auf Lebenszeit, und daß die Ausübung der beruflichen Tätigkeit sich in etwas anderem erschöpft, wie in den Unternehmen der Sozialdemokratie, den Gewerkschaftsorganisationen u. dgl. Abfisch, die darin besteht, daß sich die Genossen der SPD. außer mit Intelligen gegeneinander, Verleumdungen gegen die SPD. und Sozialisten beschäftigen. Wenn in der SPD. oder in einem von der SPD. beeinflussten Betrieb eine Anstellung vorgenommen wird, dann ist es für diese Herrschaften selbstverständlich, daß das so quass auf Lebenszeit geschieht. In der Kommunistischen Partei und ihren verschiedenen Organisationen werden allerdings mitunter Veränderungen im Stellenapparat, wenn ein Anlaß dafür vorliegt, vorgenommen. Wenn es notwendig ist, findet auch ab und zu eine Auswechslung der Angestellten statt, um die Genossen entsprechend ihren Fähigkeiten auszuwählen. Die „Volkswacht“ stellt die Dinge aber so dar, als seien die Veränderungen im Stellenapparat der SPD. auf andere Dinge zurückzuführen. Das ist allerdings verständlich bei Leuten, die alle Dinge nur vom Standpunkt der Parteiführung und der Sicherung ihrer Futtertröpfe betrachten.

Eine besonders infame Verleumdung leistet sich die „Volkswacht“, wie bereits betont, gegen den Genossen Wollweber. Sie behauptet, daß in „eingeweihten Kreisen“ das Gerücht gehe, als habe W. aus einer Unterschlagungssumme etliche Tausend Mark für seinen Epistelfonds bekommen, aus dem dann die Leute bezahlt seien, die die SPD. bezichtigen. Die Behauptungen über den Genossen Wollweber sind insofern vorzüglich formuliert, als sich das Wort auf angebliche Gerüchte von „eingeweihten Kreisen“ bezieht. Die „Volkswacht“ wird sich hüten und diese Behauptung in der Form anzustellen, als handele es sich um eine feststehende Tatsache. Die Verleumdung besteht eben darin, daß man nicht direkte Behauptungen aufstellt, sondern sich darauf beruft, daß der Epistelfonds „bestehen soll“. Wir können dazu folgendes erklären: Der Genosse Wollweber hat niemals auch nur einen Pfennig von der „Peuwaq“ für einen Epistelfonds bekommen. Ein solcher Epistelfonds besteht überhaupt nur in der schmutzigen Phantasie der „Volkswacht“-Redakteure und sonstiger SPD.-Genossen. Nichts ist aber, daß der Kommunistischen Partei oft von sozialdemokratischen Parteimitgliedern und Funktionären Mitteilungen über interne Vorgänge in der SPD. zugehen. Die Bezirksleitung der SPD. und die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ sind natürlich genau informiert, was sich in der SPD. abspielt, und ab und zu wird ja in der „Arbeiter-Zeitung“ ein Auschnitt aus dem Leben der Sozialtratte gegeben. Selbstverständlich wird die Kommunistische Partei immer versuchen, über alle gegnerischen Organisationen, und dazu gehört auch die SPD., Informationen, die den tatsächlichen Vorgängen in diesen Organisationen entsprechen, zu bekommen. Aber dafür besteht kein besonderer Epistelfonds, und für Informationen, die wir aus der SPD. bekommen, ist bis jetzt nicht ein Pfennig ausgegeben worden. Wir werden selbstverständlich die Personen, die uns bestimmte Mitteilungen über die SPD. machen, so behandeln, wie das in einer Redaktion üblich ist, d. h. wir werden die Namen dieser Personen der Öffentlichkeit und damit der SPD. nicht preisgeben, weil wir erstens ein Interesse daran haben, weitere Informationen zu bekommen, und zweitens wir diese Personen nicht wirtschaftlich schädigen wollen.

Die „Volkswacht“ aber mag sich nicht allzu sehr auf hohe Fieber setzen. Denn unsere lausenden Entfaltungen über den SPD.-Sumpf flügen sich nicht nur auf Mitteilungen unterer sozialdemokratischer Funktionäre. Auch Epistel-funktionäre der Breslauer SPD. haben, wenn es in ihrem persönlichen Interesse lag, sich mit Redakteuren der „Arbeiter-Zeitung“ in Verbindung gesetzt und ihnen Material angeboten und geliefert.

Wir stellen das heute ausdrücklich fest, weil ja jetzt von der „Volkswacht“ versucht wird, den Wert der Veröffentlichungen der „Arbeiter-Zeitung“ dadurch herabzusetzen, daß sie die Dinge so darstellt, als stammten diese Mitteilungen von bezahlten Subjekten, die aus dem Epistelfonds des Genossen Wollweber bezahlt werden. Außerdem will man natürlich mit der Behauptung gleichzeitig die Arbeiter, die zur Kommunistischen Partei stehen, irreführen, indem man von ominösen Epistelfonds der SPD. spricht.

Die Verleumdung gehört zum politischen Handwerk der SPD. Denn es ist natürlich schwer, eine arbeitereindliche Politik vor der Arbeiterschaft zu verteidigen. In Ermangelung von sachlichen Argumenten geht man dann zu Verleumdungen oder zu politischen Märschen über. Ein solches Märschen ist der dauernde Hinweis, daß die SPD. zerplittert wird, obwohl die Herrschaften sehr genau wissen, daß die ultralinke und branderistische Splitttergruppe mit der Kommunistischen Partei nichts weiter zu tun haben, als daß ihr Name von diesen Splitttergruppen mißbraucht wird. Die Splitttergruppen sind eigentlich Trabanten der SPD., wie z. B. die von der SPD. abgesplitterte ultralinksche Partei zu einem Trabanten der Nationalsozialisten geworden ist.

Wir werden auch in Zukunft nicht darauf verzichten, die stinkende Korruption in der SPD. aufzudecken. Es handelt sich dabei nicht um einzelne korrupte Elemente, die sich allerdings zeitweilig in jeder Partei aufhalten können, sondern es handelt sich in der SPD. neben den ausgesprochenen Klientellämpfern innerhalb der Führerschaft um ein System der Korruptionen einer Partei. Gerade deshalb, weil es ein System ist, hat es für uns politische Bedeutung und wird entsprechend gewertet. Es ist doch gar nicht verurteilbar, daß sich insbesondere in der Nachkriegszeit ein solches System der Korruption in der SPD. herausgebildet hat. Denn eine Partei, deren Apparat so mit dem kapitalistischen Staat und den Wirtschaftsorganen ver wachsen und verflochten ist, muß korrupt sein. Unser Kampf gegen die SPD.-Korruption ist gleichzeitig ein Kampf gegen das kapitalistische System, in dem die SPD. ihrer Politik nach die Rolle des Hausmechtes spielt.

Agitationslokale der Kommunistischen Partei

West: „Anglerheim“, Leutenstraße 72, Ost: Gaudius, Königsbergerstraße 10, Nordost: Rabierstraße, Fleischstraße, und Metzsig, Uferstraße, Süd: „Eisenkönig“, Holteistraße, Nord: Wilschke, Jägerstraße, Zentrum: Speisemittelschule, Stotgasse 19, Jugend: Feldstraße 58.

Alle Genossen und Sympathisierenden melden sich täglich um 18 Uhr zur Wahlarbeit in diesen Lokalen. Sonntag früh 1/8 Uhr alles zur Stelle.

Doppelselfmord aus Hunger

Gestern, Mittwoch, vormittag wurden die im zweiten Stad des Hauses Dpitzstraße 26 wohnenden Geschwister, die 62jährige Kaufmanns Witwe Gertha Böwenthal und der 38jährige Photograph Siegfried Reibel, tot aufgefunden. Der Gasbehälter des Kochers war geöffnet. Sämtliche Fenster und Türen waren abgedichtet, so daß in dem Treppenhause kein Gasgeruch verspürt wurde. Nach dem ärztlichen Befund der Leichen muß bei beiden der Tod schon seit einigen Tagen eingetreten sein. Aus hinterlassenen Schriftstücken geht hervor, daß bei beiden die wirtschaftliche Not und bei Frau B. dazu noch die Angst vor einer bevorstehenden Erbblindung den Anlaß dazu gegeben hat, freiwillig aus dem Leben zu scheiden.

Erwerbslose, Renteneinpfänger! Das Schicksal dieses Geschwisterpaars droht auch allen anderen. Organisiert den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die einige wenige prassen und die große Masse hungern läßt. Demonstriert euren Willen, dieses System zu befeitigen, indem ihr am 17. November Kommunistische Partei — Liste 6 wählt!

Neue Verhaftung im Betrugsfall Cohn

Die Justizpressestelle meldet: In der Angelegenheit des Konkursverwalters Cohn ist dessen Tochter, Frau Apothekenbesitzer Kablikowa aus der Tischschloßstraße am Mittwoch, 19.30 Uhr, in Breslau verhaftet worden. Gegen sie ist die Eröffnung der Voruntersuchung nach § 242 der Konkursordnung beantragt worden, wegen der Verschuldigung, nach der Zahlungseinstellung ihres Vaters Wertpapiere im Werte von 30.000 Mark beiseite geschafft zu haben. Inzwischen ist auch die Voruntersuchung eröffnet worden. Frau Kablikowa ist 28 Jahre alt.

Schwere Folgen beim Abspringen von der Straßenbahn. Als ein Wagen der Linie 10 sich am Dienstag, gegen 19 Uhr, der Haltestelle an der Störstraße näherte und der Schaffner sich bereits nach dem Hinterron begab, um den Fahrgästen beim Aussteigen behilflich zu sein, sprang im letzten Augenblick eine Frau vom Wagen ab. Obwohl der Zug sich nur noch in langsamer Bewegung befand, stürzte sie so unglücklich, daß sie eine schwere Kopfverletzung davontrug. Die Verletzte wurde sofort in das gerade vorbeifahrende Auto eines Arztes geschafft und nach dem Elisabethinen-Krankenhaus gebracht. Dort hat sie bis Mittwoch das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt.

Für ein rotes Peisterwitz — wählt Liste 6!

Die SPD. spielt wirklich nur — Theater

Am vergangenen Sonntag veranstaltete die hiesige SPD. einen Wahlagitationabend bei dem Chairman Schubert. Damit der Abend etwas Schwung bekommen sollte, mußte der Oslauer Sozialistische Spieltrupp die Geschichte deicheln, und wie? Sie überlegten sich mit ihren Darbietungen selbst.

Als erstes: Palantzen im Himmel! Petrus läßt dieselben seitwärts liegen, denn er scheint auch schon republikanisch geworden zu sein, da seinen auf Erden wandelnden Würdenträgern durch die rege Mithilfe der SPD. das Konfordat zugeschanzt wurde. — Zweitens: Vorstellung von Grimms Märchenmärchen: Darüber ist wohl doch die Peisterwitzer Arbeitererschaft hinaus. Mit der bestehenden Wirtschaftform sind sie nicht einverstanden. Das trifft wohl für die SPD. in der Zeit vor dem Kriege zu, aber heute sind sie doch staatsfeindlich und noch nach. Wiege vom „Schweinlein“ waren ja originell und noch dachte gleich an den großen Säutal, der zum Ausmäriten reif ist. Hindenburg und Wilhelm im Himmel dürsten ja wohl noch nicht zutreffen. Aber Fritz Ebert wird doch wohl schon oben sein, da er doch mit allen Ehren und von geistlichen Würdenträgern beehrt wurde. Der „Herrgott“ hat die Krone verloren, der Petrus findet sie bei Wilhelm von Gottesgnaden, aber der von England behält sie von Macdonalds Gnaden (sozialdemokratische Gnaden). Das Theaterstück: Der erste Schritt im Harpsentisch trifft Menge, die sich um die Futterplage prügeln. (Siehe Breslau!) Und Menge, die sich um die Futterplage prügeln. (Siehe Breslau!) Und was für Hechte! 31 000 Gemeindevorsteher und Stadträte, 7000 Schöffen und Bürgermeister, die nötigen Landräte, Polizeipräsidenten, Minister in und außer Diensten. Da sind wohl große und kleine Hechte in genügender Zahl! Die Rolle des Waffens in diesem Stück wird wohl auch manchem SPD.-Mann nicht gefaßt haben, da doch bis jetzt nur einer aus der Kirche ausgetreten ist. Die anderen Größen aber sind Kirchenratsmitglieder, oder zumindest stamme Kirchenmänner.

Die Arbeiterschaft von Peisterwitz wird die Spannungen der SPD.-Politik bald spüren, wenn die Auswirkungen des Abbaues des Erwerbslosenversicherungsgesetzes eintreten werden (9. Dezember). Die letzte Szene betrifft sich „Das gefesselte Proletariat“ und zeigt, daß mit einer roten Fahne daselbe angewendet wird. Das kann aber nur unter der Fahne des Kommunismus geschehen, nicht unter der schwarzrotgelben, auf die die SPD. schwört.

Am 17. November keine Stimme der Partei des Arbeitermordes, jede Stimme der Liste 6 der Kommunistischen Partei, die allein nur eure Interessen vertritt.

Jeder blamiert sich so gut er kann

In der Freitagnummer der „Breslauer Volkszeitung“ erschien ein Artikel „Verräter unter sich“. Wie immer, wenn diesen Leuten aus Peisterwitz etwas geschrieben wird, sind es nur Lügen; so auch diesmal. Wahr ist, daß von drei Delegierten am Polberbau einer Kommunist ist und der zweite zur vollen Zuständigkeit der Belegschaft arbeitet. Der Obmann Wilhelm König dagegen, der auch identisch ist mit dem Alkoholverbraucher laut „Volkzeitung“, gehört aber, nach seiner eigenen Angabe dem sozialdemokratischen Vorstehenden des Bau-gewerksbundes gegenüber, keiner Partei an; er erklärte vor Zeugen mündlich: „Ich gehöre keiner Partei an, humpathistischer aber mit der Sozialdemokratischen Partei!“ Also, ihr Lügner, da habt ihr wieder einmal Rech gehabt. Gerade derjenige, der seine Pflicht als Delegierter der Arbeiterschaft gegenüber erfüllt, ist ein Kommunist, und der beiden anderen, die mit dem Schachtmeister ihr sauer verdientes Geld, das die Familie zu Hause nötiger braucht, verkaufen und dabei die Arbeiter verpehen, sind Leute von eurem Schlage und Mitglieder des Deutschen Bau-gewerksbundes. Daß nun diese beiden von der Belegschaft zum Abbaufen gezwungen wurden, will euch wohl nicht passen, denn in der letzten Belegschaftsversammlung wurden dieselben doch noch vom Vorstehenden des Bau-gewerksbundes verteidigt.

Zu übrigen ist ja der Artikel weniger für Peisterwitz eingestellt, vielmehr für die Umgebung wegen der bevorstehenden Wahl. Daß nun der Delegierte, auf den (laut „Volkzeitung“) der Unternehmer besonders scharf ist, weil er die Vertretung der Arbeiter besonders ernst nimmt, Kommunist ist, das hat man schamhaft ver-schwiegen. Auch daß der Unternehmer schon mit dem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher wegen der Entlassung des besagten verhandelt hat und daß dieser edle „Sozialist“ sich bereits für die-selbe ausgesprochen hat, verschweigt man. Aber gemacht, die Wahrheit bricht sich Bahn, und jeder Betrüger wird einmal entlarvt. Auch ihr von der SPD. Die beste Gelegenheit dafür ist der kommende Sonntag, indem die Arbeiter für die Liste 6 der Kommunistischen Partei stimmen werden.

Werktätige von Breslau, holt euch Aufklärung Kommt recht zahlreich in die öffentliche Wahlversammlung

Freitag, 20 Uhr, im Saale des „Schießwerders“ Landtagsabgeordneter Gen. E. Wollweber spricht Josef Keim und Karl Paryla (Vereinigte Theater) rezitieren

Blut und Leichen in Breslaus Straßen — das sind — nach den Worten unseres Oberbürgermeisters Dr. Wagner — die Aussichten für den Winter!

Das sind die Ergebnisse bürgerlich-sozialdemokratischer Koalitionspolitik

„Man trug hinweg das Fettgewicht...“

Waldenburger Sozialdemokraten als Interessenvertreter der Unternehmer

Die Ausübung verschiedener Korruptionsfälle, besonders der des Reichstagsabgeordneten Buchholz, durch die „Arbeiter-Zeitung“...

Wir haben in einem Artikel bereits aufgezeigt, wie die Waldenburger Sozialdemokraten im Verein mit den Bürgerlichen eine Politik getrieben haben, die sich aufs schärfste gegen die Wirtschaft auswirkte...

Die Kommunisten hätten sich im vergangenen Jahr dagegen gewandt, daß die Industrie stärker mit Steuern belastet werde...

Wir nehmen gern noch einmal Gelegenheit, auf die Dinge einzugehen, und sind dem Abgemessenen sogar dankbar dafür, daß er gerade dieses Thema noch einmal anspricht...

Herr Direktor sagte in einer Versammlung: „Die Vera Wiehner begann mit einem Saufgelage und endete mit einer Katastrophe.“

Man trug hinweg das Fettgewicht, tot oder lebend, weiß man nicht!

Es nämlich dargekommen, daß man würdige SPD-Stadtdiener in ein anderes Zimmer betten mußte, damit sie in Ruhe ihren Verband, den sie auf Kosten der Allgemeinheit verossen hatten, widerfinden konnten...

Rum zum Wassergeld. Wir haben schon festgestellt, daß es der Sozialdemokrat Direktor ist, der das Wassergeld unabhängig auf 25 Pfennig haben will...

Ahren, die schlagend bewiesen werden, was die Deula fügen, die die Kleinen vor Steuern schätzen wollen und schüßen. Wir haben uns seinerzeit gegen die Lohnsummensteuer gewandt, weil diese Steuerart nur die Kleinen Kräuter und die Arbeiter teilt...

Am 17. ausmisten



Wählt Kommunisten!

die Sache näher betrachtet und den Fall E. W. Schiefen genauer ansieht, so stellt sich gleich heraus, wo die Interessenvertreter des Kapitals sitzen...

Herr Klammt hat sich damals sehr entschieden für die Lohnsummensteuer eingesetzt und als „Finanzfachverständigen“ der SPD. war ihm die Auswirkung der Lohnsummensteuer gerade in seinem Betriebe nicht unbekannt...

Herr Klammt nicht diejenigen vertritt, die ihn gewählt haben, sondern die Interessen des kapitalträchtigen E. W. Schiefen. Bei einer anderen Gelegenheit hat Herr Klammt diese Tatsache offen ausgesprochen...

Man vergleiche mit diesen Tatsachen den Satz im Referatmaterial der SPD. zu den Kommunalwahlen, der da lautet: „Der Redner der SPD. beschwor die Versammlung förmlich, ja keine Steuern von der Industrie zu nehmen.“

Wie gesagt, wir sind den Sozialdemokraten dankbar, daß sie uns durch ihre unverkämpften Lügen nochmals auf dieses Kapitel aufmerksam gemacht haben...

Rein Arbeiter, kein Kleinrentnerbetreibender wird nochmals solche Leute wählen! Jede Stimme der Liste 6: Kommunistische Partei!

Rothenbacher Ehrenbeichte vor Gericht

Die „Arbeiter-Zeitung“ trotz Wahrheitsbeweise verurteilt — Der Gerichtsvorsitzende lobt den sozialdemokratischen „Freidenter“ Eitrich

Ma. Wie bereits kurz gemeldet, erlebte am letzten Sonnabend der Verleumdungsprozeß gegen den Genossen Biewald von der „Arbeiter-Zeitung“ vor dem Breslauer Schöffengericht seine zweite Auflage...

Die „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichte im Februar d. J. einen sehr sachlich gehaltenen Bericht aus Rothenbach, in welchem Kuratus Schramm der Vorwurf gemacht wurde, in der Beichte ein dreizehnjähriges Mädchen ungehörige Dinge gefragt zu haben...

„Hast Du schon einen Vasen? Besommst Du schon die Regel? Hast Du schon einmal gesehen, was Vater und Mutter unten haben?“

Als Marie nach Hause kam, fiel der Mutter sofort das verdächtige Wesen ihres Kindes auf, und nach vielem Frängen erzählte dann das Mädchen der Mutter dasjenige, was es bereits den Kindern erzählt hatte...

Rum begann für die Dreizehnjährige ein wahres Martyrium. Ein Verhör jagte das andere. Der Kuratus, der Rektor, der Lehrer, der Schulfürer, die Polizei, alles kümmerte sich um die arme Kleine ein...

Auf diese Weise wurde das Kind so zermürbt, daß es bei einem Verhör, in welchem das eingeschüchterte Schulmädchen vor dem Rektor, dem Konrektor und dem Kuratus stand, seine Behauptungen angeblich etwas eingeschränkt haben soll...

Männern so eingeschüchtert worden sei, daß sie etwas widerrufen habe, schon darum, weil sie es sonst in der Schule nicht mehr ausgehalten hätte. Die Mutter des Mädchens und die Kinder, denen sie von dem Vorfall unmittelbar, nachdem sie aus dem Reichstisch herausgetreten war, Kenntnis gegeben hatte...

Die sogenannten „gebildeten“ Zeugen, der Kuratus, der Rektor und der Konrektor, machten überhaupt einen sehr kläglichen Eindruck. Sie lägen oder versuchten es zumindest, trotz Verwarnungen, ihre Aussagen von einem getippten Blatt ab...

Rektor und der Kuratus sich dauernd widersprochen hatten. Sie hielten etwas von der Bedenlichkeit von Kinderansagen...

und der Herr Kuratus schenkte sich nicht, mit verhassten Neugleis zu behaupten, daß die M. wahrscheinlich halt „Duse“, „Dusen“ verstanden habe...

und daß sich das mit der „Regel“ so verhalten haben werde, daß er die Kleine zur „regel“mäßigen Beichte angehalten habe, und sie das mißverstanden habe...

Ein Arbeiter hätte sich ganz bestimmt nicht erlauben dürfen, als Zeuge vor Gericht derauflig simple Ausreden vorzubringen. Aber hier handelte es sich ja um einen Geisteskranken...

Staatsanwalt Steinberg stellte rasch in seinem Plädoyer die Einheitsfront Staat und Kirche her. Die jesuitische Erklärung des Kuratus Schramm, daß er sich immer an die „Beichtregeln“ gehalten habe, imponierte ihm derartig, daß er seinen Strafentwurf aus der ersten Verhandlung noch erhöhte...

Beachtenswert war die Rolle, die der Zeuge Eitrich, sozialdemokratischer Vorsitzender der „Freidenter“ in Rothenbach, spielte. Bei der Urteilsbegründung wurde er von dem Richter ganz besonders dafür gelobt, daß er seinerzeit den ihm genau so wie der „Arbeiter-Zeitung“ zugegangenen Bericht nicht zur Veröffentlichung brachte...

Das Urteil, gegen das Genosse Biewald selbstverständlich Verurteilung eingelegt hat, ist ein neuer schließlicher Faktum. Es räumt den Pfaffen die Freiheit ein, im Reichstisch an Kinder ansagen nach Belieben ihre Phantasie zu entzünden...

Schärfster Kampf gegen die Kirche! Diesen Kampf führt nur die Kommunistische Partei, keinesfalls aber die Sozialdemokratie, wie das der Verlauf des Prozesses und das Kontrakt beweisen...

Genosse Biewald spricht über den Prozeß

Am Sonnabend, dem 16. November, um 20 Uhr, in Rothenbach, im „Krug zum grünen Kranz“, findet eine öffentliche Versammlung statt, in der der verurteilte Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, unser Genosse Biewald, über den Prozeß sprechen wird...

# Niederschlesien

Görlitz

## Wähler heraus!

Donnerstag, 20 Uhr, im Konzerthaus

## Oeffentl. Wahlversammlung

Reichstagsabgeordneter Gen. Gesehke-Berlin und Stadtverordneter und Spitzenkandidat Gen. Ulrich-Görlitz sprechen über

## Kommunalwahlen und Arbeiterschaft

Werkstätige, erscheint zahlreich!

Schweres Motorradunglück. Auf der Chaussee Miltisch-Benisch-Witz fuhr der Schwelger Galle von hier mit seinem Motorrad in ein entgegenkommendes Fahrzeug. Er wurde sehr schwer verletzt.

## Hagnau

### Verzweiflungstat eines Landarbeiters

A. R. Niedrige Löhne, die denbar schlechtesten Arbeits- und Wohnverhältnisse, kranke Frauen und Kinder, das ist das Los der Landarbeiter. Dieser Tage starb ein Landarbeiter vom Dominium Nieder-Hermisdorf bei Hagnau ein kleines Kind. Er war nicht in der Lage, sein Kind bestatten lassen zu können. Er wurde deshalb beim Gemeindevorsteher vorstellig, der ihn an die Kreiswohlfahrt verwies, um ein Armenbegräbnis zu erhalten. Das war dem Landarbeiter denn doch zuviel. Er sagte sich, nicht genug, daß uns die Junter Tag für Tag ausbeuten, sollen wir uns auch

noch mit einem Armenbegräbnis zufriedengeben? Nein! Dann sollen diese Ausbeuter auch die Kosten für unsere Bestattung tragen. Er nahm sein totes Kind und legte es seinem Arbeitgeber auf den Tisch. Dies war eine Verzweiflungstat eines Landarbeiters. Sie demonstriert so trefflich das elende Hungergebiet der schlechten Landarbeiter. Die Verantwortung tragen die Instanzen des Deutschen Landarbeiterverbandes, welche sich nicht schämen, langfristige mit sehr niedrigen Lohnstufen versehene Tarife abzuschließen. Landarbeiter, gegen diese gilt es Front zu machen. Kämpft mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition im DDB. Jedes Dominium muß einen revolutionären Vertrauensmann haben. Jeder Landarbeiter wähle am 17. November Kommunisten, Liste 6!

## Uegnitz

### Staubläse Zustände bei der Uegnitzer Ärzteschaft

Ein unerhörtes Fall von Gleichgültigkeit gewisser Ärzte von Uegnitz trug sich in einer der letzten Nächte zu. Der Zustand eines seit zwei Tagen krank liegenden Arbeiters verschlechterte sich derart, daß die sofortige Herbeibringung eines Arztes notwendig wurde. Das ist leichter gesagt, als getan. Vier Stunden mußte der Schwiegervater des Kranken herumlaufen, ehe ein Arzt zu erreichen war. Inzwischen verstarb der Arbeiter. Rechtzeitiges Eintreffen eines Arztes hätte vielleicht den Tod abwenden können.

Wir fragen: Wer trägt hier die Schuld? Wie ist es möglich, daß in einer Stadt von 70 000 Einwohnern, in vier Stunden, in einer Zeit, wo man auch aus einer entfernten Stadt einen Arzt herbeiholen konnte, in Uegnitz kein Arzt anzutreffen ist? Was gebietet die Ortstranzenkasse zu tun, um für die Zukunft derartige mittelalterliche Zustände unmöglich zu machen? Die Rassenmitglieder haben ein Recht darauf, in Fällen dringender Gefahr einen Arzt zur Verfügung zu haben. Erwähnenswert ist noch, daß dies nicht der einzige Fall ist. Bereits am Montag trug sich ein ähnlicher Fall bei einer Frau zu.

Freitag, 19 Uhr, Auftreten der Partei und der Arbeiterwehr am Friedrichsplatz zur Demonstration durch die Stadt nach dem Wintergarten. Alles muß erschollen.

## In die werktätige Bevölkerung von Geisborsdorf!

Die Wahlen zur Gemeindevertretung stehen vor der Tür. Es schien anfangs, als stellten im bürgerlichen Lager zwei Richtungen aufmarschieren; auf der einen Seite die Bauern, auf der anderen Seite die Hausbesitzer und Gewerbetreibenden. Doch am Schluß einigte man sich auf die bürgerliche Einheitsliste. Als Spitzenkandidaten fungieren Schneidermeister Hübner und Landwirt Gölde. An dritter Stelle dieser Liste steht der Bergarbeiter Bruno Köstler. Derselbe Herr sah sich sehr frei und wand in mitten der SPD-Fraktion. Schon immer hat er mit den Bürgerlichen gestimmt, nur ist er wenigstens abgeschwimmt. An vierter Stelle steht der Bauernpolizist Hofrichter. Derselbe sah auch bis 1924 als Sozialdemokrat in der Vertretung. Nun haben wohl die Bürgerlichen die „starren Männer“ gefunden, die sie brauchen. An fünfter Stelle steht der Stellmachermeister Müsel. Zum Danke dafür, daß er die Bauernpolizei dauernd unterstützt, lassen ihm die Werkstätten einen schönen Lohn zukommen. Ihm folgt Herr Nicht, welcher Stellmacher, der sich hauptsächlich gegen die Steuern wehrt. Wir möchten ihm verraten, daß die Herdoverber es den Kommunisten zu verdanken haben, daß in Geisborsdorf größere Steuererhöhungen abgewehrt wurden. Wir wollen nur noch einige herausgreifen: An sechster Stelle steht der Besamnte Herr Wählich, der dauernd, aber vornehmlich bemüht ist, in Geisborsdorf eine Ortsgruppe des Stahlhelms zu gründen. An 14. Stelle steht der Maurer Henning, ein wahrer Hochzeitsplaner, dem alles noch nicht recht genug ist. 24 Kandidaten wurden aufgestellt. Sie rechnen damit, allein die Vertretung zu besetzen.

Arbeiter, kleine Landwirte und kleine Handwerker, entscheidet selbst, wem ihr eure Interessen anvertrauen wollt. Nur die Kommunisten haben sich für euch eingesetzt und werden es weiter tun. Darum: wählt am 17. November Kommunisten.

Nach der Neuwahl im Jahre 1924 hatten die Sozialdemokraten neun, die Kommunisten fünf Sitze, zusammen 14, die Bürgerlichen zehn. Ein Sozialdemokrat sollte Gemeindevorsteher werden. In seiner Verfassung heißt es: „Wenn wir erst einmal die Mehrheit haben!“ Doch die „starke“ SPD hatte nicht den Mut, einen eigenen Gemeindevorsteher aufzustellen. Sie war „bereit“, für einen Kommunisten zu stimmen, doch im letzten Moment zog die SPD ihre Zustimmung zurück und stimmte geschlossen für den bürgerlichen Gemeindevorsteher. Sämtliche Komter blieben in bürgerlichen

Händen, trotz der Mehrheit von 14:10. Als nun im Jahre 1926 die SPD den Antrag auf Abschaffung der Hand- und Spanndienste, der sogenannten Sklavenarbeit, stellte, da stimmten die SPD und die Bürgerlichen dagegen, und erst im Jahre 1929 stellte die SPD selbst den Antrag, da kein anderer Ausweg mehr war. Hinsichtlich an den Beschluß über die Steuererhöhung sagte der damalige SPD-Mann Köstler wörtlich:

„Was soll nun werden, mir kleen linn jetzt kaum die Steuern bezahlen, und nun soll mer noch holmol suwel gahn?“ Und das, obwohl er einen Augenblick vorher dafür stimmte.

Einem großen Unwill haben wir Kommunisten daran, daß für acht Familien Wohnungen geschaffen wurden. Unlängst erst wurde vom Genossen Mai der Antrag eingebracht, ein Reichs-Stellungshaus zu bauen, was von der Vertretung befürwortet wurde. Auch die Schaffung eines Urnenhains ist von den Kommunisten gefordert worden, die Bürgerlichen waren dagegen. Als die Erwerbslosen und Invaliden während strengen Winter den Antrag auf Gewährung von Kohlen stellten, erklärte der Spitzenkandidat und Schöpfer der SPD, Pöschel: Ihm hätten Erwerbslose gesagt, sie wollten keine Kohle haben! (Dem er hat sich selber zwei Zentner von dem vom Kreis bewilligten Kohlen in den Keller geschafft.)

Da die SPD keine zugräftige Wahlparole besitzt, hat man eine gemeine Hebe innerhalb des Stadtfahrervereins gegen den Genossen Mai inszeniert. Wie bekannt, ist der Stadtfahrerverein im Frühjahr aus dem „Fitzargen“ ausgezogen, und zwar aus Grund der politischen Einstellung von Heinrich Lecht. Der Genosse Mai ist nun seit April nicht ein einziges Mal in diesem Lokal gewesen. Nun wurde dem Genossen Mai vorgeworfen, jede Woche drei bis viermal in diesem Lokale zu sitzen, auch sollen ihm 20 Mark und ein Viertel Bier zugestimmt worden sein, wenn er den Stadtfahrerverein wieder unterwirft. Als nun der Genosse Mai diese gemeinen Lügen nicht auf sich sitzen ließ und zur Klage schreiten wollte — Herr Lecht war bereit, unter Eid auszusagen, daß er das nicht gesagt habe —, kommt man und sagt, der Genosse Mai solle die Sache doch ruhen lassen, es könnte „hum“ werden. Es liegt uns auch fern, mit Arbeitern zum Raub zu laufen, aber die Herrschaften sollen sich gesagt sein lassen: der Genosse Mai steht moralisch turnhoch über den Verleumdern.

Werkstätige, eure Stimme gehört der kommunistischen Partei, Liste 6!

## Zur Gemeindevwahl in Kauffung

Zur Gemeindevwahl in Kauffung sind drei Wahlvorschläge eingegangen, die SPD., die bürgerliche und die SPD-Fraktion. Den Werkstätige dürfte es nicht schwer fallen, sich zu entscheiden. Bis jetzt haben sich in Kauffung in der Gemeindevvertretung die Bürgerlichen und die Soz in die Sitze geteilt. Der Gemeindevorstand besteht aus drei Sozialdemokraten und zwei Bürgerlichen. Trotzdem ist keine Arbeiterpolitik getrieben worden. Frieblisch stellt man sich die Gelder beim Wohlfahrtsrat, die Sozialdemokraten bewilligen 400 Mark dem reaktionären Vaterländischen Frauenverein, die SPD bekommt dafür 400 Mark mit den bürgerlichen Stimmen, um auch Stimmengang betreiben zu können. Beim Jugendrat daselbe. Die SPD bewilligt christlichen und reaktionären Jugendvereinen Gelder, das nennt man dann Kampf. Das Tollste ist wohl,

daß den Werken Tischhaus und Demisch Steuerrückstände überlassen bleiben in Höhe von 57 000 Mk. und 20 000 Mk.

Diese Firmen, die ihre Arbeiter maßlos ausbeuten, überlassen das Steuerzahlen anderen. Gemeindevorstand und Kleinbauern, wenn ihr die Steuern nicht pünktlich bezahlt, so droht man mit dem Gerichtsvollzieher und pfändet euch das letzte. Hier aber verschweigt und duldet man diese Schweinerei. In der letzten Kreisratssitzung übernahm der Kreis die Bürgschaft von 30 000 Mark für die Gemeinde Kauffung, eine Summe, die die Genossenschaftsbank in Hirschberg der Gemeinde geliehen hat, damit die beiden Wohnhäuser fertiggestellt werden konnten. Also die Gemeinde leiht sich Geld, muß dafür teure Zinsen bezahlen, duldet aber die Steuerbrüdergerei der Werke. All diese Gelder können nicht nur die zwei Häuser, sondern noch andere gebaut werden. Die Sozial-Unterstützungen sind im Orte ziemlich niedrig bemessen: lebige Arbeiter speist man mit 5 Mk. wöchentlich ab. Von Wirtschaftszulagen und Weihnachtsbeihilfen an die Sozial-, Klein- und Altrentner, für Kriegssopfer, für die Arbeitslosen, hat man von selten dieser Leute noch nichts gehört. Die Hauptsache ist, daß man als gutbezahlte Beamte und Angestellte die Zulagen erhält. Als im Frühjahr dieses Jahres die Kommunisten die Arbeitslosen zusammenriefen, als der Antrag der Arbeitslosen beraten wurde, da war es ein Sozialdemokrat, der dagegen arbeitete.

Ganze 400 Mark wurden bewilligt, trotzdem 1000 Mark gefordert waren. Dennoch war es ein Erfolg der Kommunisten. Werkstätige Kauffungs, merkt es euch! Die Kommunisten werden stets für euch eintreten, ganz besonders ist dies in der nächsten Zeit erforderlich, da durch die Stellung der Bürgerlichen und der SPD im Reichstage, indem dieselben das Arbeitslosenversicherungsgesetz gewaltig verschlechtert haben, Hunderte Frauen und Jugendliche überhaupt keine Unterstützung mehr bekommen werden, den Kaufmänner Kalk- und Bauarbeitern, aber auch die Unterstützung noch gekürzt werden wird, weil sie „Saisonarbeiter“ sind. Die Kommunisten sind gegen diese Hungerunterstützungen, gegen die hohen Gehälter der Bürokratie, für ausreichende Unterhaltungen, für Erhöhung der Richtigkeit, für ausreichenden Arbeiterwohnungsbau, für Schaffung eines Gemeindeparkplatzes, für die Schaffung einer Badeanlage, die zweckentsprechend für die werktätige Bevölkerung ist, für die Schaffung eines Kommunalfriedhofes, für die Verbesserung der Dorfwege, Feuerliche Erleichterungen für die wirtschaftlich Schwachen, gegen die Steuerbrüdergerei der Großen, für stärkere Belastung derselben. — Darum für ein rotes Kauffung! Wählt die Liste der Kommunisten!

### Liste der SPD. zur Gemeindevwahl in Kauffung

1. Wilhelm Walprecht, 2. Franz Hysjinski, 3. Gerhard Sanner,
4. Wilhelm Weberhoff, 5. Bertha Wagenknecht, 6. Karl Strehlow,
7. Wladislaw Hysjinski, 8. Selma Hysjinski, 9. Richard Deumert.

### Vertrag die Falschheit!

In letzter Zeit geben sich jetzt öfters die Falschheit ein Stillsitzen. Nach dem Werbemarsh der Stahlhelmer, die 200 Mann stark aus drei Kreisen „aufmarschierten“, aber keine Vorbeeren gegenent haben (geschlag, und natürlich schwarzweißrot, hatten zwei Wämieden, dies waren Direktor Witzel und Dr. Senger, der nebenbei seine Pension als früherer Militärarzt bezieht), waren vor kurzem nun die Nazis da. Ihr Redner schwindete tüchtig dränlos. In der knappen Redezeit von einer Viertelstunde eif unser Spitzenkandidat, Genosse Walprecht, den Betrügnern die Maske vom

Geht Arbeiter, weg mit dem Faschismus! Es lebe die rote Front! Am 17. November die Stimme den Kommunisten!

## Wie wurde im Kreisrat Schönau gearbeitet?

Wie im Reich und in Kreisen die bürgerlichen Parteien und mit ihnen im Bunde die SPD, einen den Interessen der Ausbeuterklasse dienenden, der werktätigen Klasse aber feindlichen Kurs einschlagen, so sieht auch im Kreise Schönau die Arbeit derselben aus. Schon wenn wir uns den Etat des Kreises für 1929 ansehen, erkennen wir dies sofort. Die höhere Beamtenkontrolle erhält Gehälter, die nach vielen Tausenden zählen. Außerdem aber gibt es noch Aufwandsentschädigungen, Reisekostenpauschalen und dergleichen, die wieder Tausende erfordern. Im anderen Falle aber erhalten die Angestellten und unteren Beamten bedeutend weniger. Für soziale Zwecke ist fast gar kein Geld vorhanden. Beim Wohlfahrtsrat sind z. B. für den Beamten und die Angestellten 14 420 Mark eingestellt, aber für Tuberkulosefürsorge nur 4000 Mark. Der doch schon gut bezahlte Medizinalrat Dr. Kusche-Goldberg erhält als Nebeneinnahme vom Kreis für das Impfen 1000 Mark, für die Untersuchung der Schullinder 2000 Mark, für die Abhaltung der Fürsorgepredigten 2120 Mark, dazu noch 1012 Mark Reisekosten; dagegen sind für die Wohnfürsorge nur 2000 Mark, für Kruppelfürsorge 2500 und für die Säuglingsfürsorge gar nur 600 Mark vorhanden. Sämtliche Zulagenträge auf Erhöhung der einzelnen Positionen, die von den kommunistischen Kreisratsmitgliedern jedes Jahr bei der Statberatung gestellt wurden, sind immer von allen bürgerlichen — einschließl. Zentrum, Bauernbund und SPD. — Abgeordneten abgelehnt worden. In diesem Jahre hatte er einen Antrag auf Mehrstellenstellung von 20 000 Mark für alle sozialen Zwecke gestellt. Dieser wurde von allen anderen Parteien ablehnend angenommen. Außerdem forderte er Wirtschaftszulagen und Weihnachtsbeihilfen für die Arbeitslosen, für die Sozial- und Kleinrentner, für die Kriegssopfer, für die Kreisarbeiter: man hat dafür auch nicht einen Pfennig bewilligt. Seinerzeit sollten die Richtigkeits für Sozial- und Kleinrentner erhöht werden, und zwar für Kleinrentner auf 84 Mark, für Ehepaare auf 44 Mark, für jedes Kind auf 7 Mark monatlich; selbst diese Sätze werden nur teilweise gezahlt. Unser Genosse beantragte 40, 50 und 10 Mark; das wurde von allen Parteien abgelehnt. Hilfsbedürftige, bedankt euch am 17. November bei diesen Leuten dafür. Beim Jugendrat daselbe Bild. 8813 Mark Beamtenkosten, 800 Mark für den Kreisjugendpfleger, der nebenbei noch sein volles Lehrgeld bezieht, außerdem wurden noch für denselben 1200 Mark Reisekosten beantragt, dagegen nur 160 Mark für die Pflegekinder, 100 Mark für Fürsorgeerziehung, für die Schulentlassenen 1500 Mark. (Davon zahlt man 800 an christliche und reaktionäre Jugendvereine.) Auch für die Straßen mußte noch mehr Geld werden. Doch auch dafür hat es kein Geld. In der letzten Kreisratssitzung wurde gesagt, daß die Regierung im nächsten Jahre noch weniger Gelder für den Straßenbau bewilligt. Die Aufschlagsordnung für die Straßendärter ist im Kreise Schönau immer noch nicht durchgeführt. Ein weiteres Stück ist der Bau des Familienhauses am Bahnhof Schönau. Für die Kleinsten, die daselbe gestiftet hat, hätte man das Dreifache an Arbeiterwohnungen bauen können. Trotzdem es nur von höheren Beamten bewohnt wird, zahlt der Kreis noch 1650 Mark Zuschuß jährlich zur Vergütung der Summe.

Daß der Landrat in der letzten Sitzung betonte, er würde „streng darauf achten“, daß in der Kreisbibliothek keine kommunistische Literatur vorhanden wäre, ist bezeichnend für die Demokratie. Ueberhaupt „unser“ Landrat hat seine soziale Einstellung gezeigt, als die Janowitzer Holzhandarbeiter seinerzeit 50 Pf. je Kubikmeter für Steine schlagen mehr verlangten; der Kreisrat lehnte das ab. In der Verwaltungsausschussung des Arbeitsnachweises stimmten der Landrat und die drei Arbeitgeber gegen die Forderung; mithin erließen die Arbeiter nichts mehr. Trotzdem haben es die bürgerlichen Kreisratsabgeordneten und auch die Sozialdemokraten fertig, ihm seinerzeit ein neues Dienstauto zu bewilligen. Auch bei der Straßenbeschäftigungsfahrt ließ man sich es gut schmecken auf Kosten des Kreises in der Brauerei Zeh in Hirschdorf. Nur der Kommunist machte das nicht mit.

Werkstätige des Kreises Schönau! Sieht aus Vorliegendem eure Lehren, wählt am 17. November die Liste der SPD, sorgt dafür, daß im Sitzungssaal wieder für euch eingetreten wird, in jenem Saale, in dem die Bilder des Stahlhelm-Hindenburgs und des Bürger Ebert hängen.

### Liste der SPD. zur Kreisratwahl Schönau

1. Wilhelm Walprecht, Tischauarbeiter, Kauffung
2. Gustav Scholz, Seilbahnarbeiter, Kauffung;
3. Fritz Gaine, Steinarbeiter, Hirschmannsdorf;
4. Gustav Rische, Schmied, Falkenhain;
5. Bertha Wagenknecht, Arbeiterin, Kauffung;
6. Franz Hysjinski, Kalkarbeiter, Kauffung.

## Aus dem Riesengebirge

### An alle Werkstätigen von Hirschberg!

Kommenden Sonntag finden die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung, zum Kreis- und Provinziallandtag statt. Unsere Gegner, einschließl. der Sozialfaschisten, versuchen wieder mit allen möglichen Versprechungen und Parolen an die breiten Massen heranzukommen. Die kommunistische Fraktion erinnert in diesem Augenblick die SPD-Fraktion an ihre Tätigkeit während der letzten fünf Jahre. Die Erwerbslosen können sich bei den SPD-Leuten bedanken, daß sie jetzt wieder Pflichtarbeit machen müssen, deshalb, weil die sogenannten „Arbeitervertreter“ die kommunistische Fraktion nicht unterstützten. Man hatte es von seiten des Magistrats und des so „tüchtigen“ SPD-Stadtrats Buchta verstanden, die Erwerbslosen vorlage in eine „Kenntnisnahme“ umzuwandeln. Trotzdem verlangte die kommunistische Fraktion, Stellung zu nehmen zu dieser Kenntnisnahme, was aber abgelehnt wurde, da der Bürgerblock einschließl. der SPD gegen eine Debatte stimmte. Dadurch ist es dem Schachmacher, dem Stadtverordneten Bauer, gelungen, mit Hilfe seiner treuen Bundesgenossen, den Sozialdemokraten, den Erwerbslosen die Pflichtarbeit aufzuknöllen. Anderer Vorlagen, wie Gesuchen an die Kirche, können die Bürgerlichen sicher sein. Bei der letzten Vorlage, Bewilligung von 200 Mark an die Grundbesitzer katholische Kirche, war es wie immer die kommunistische Fraktion, die die Vorlage ablehnten. Die SPD legte durch Stimmeneinstellung ihre Koalitionsfreundlichkeit an den Tag. Auch bei der Vorlage „Wahl eines katholischen Geistlichen“ zeigte sich wiederum die SPD als treue Dienerin der Kirche, indem der jetzige Spitzenkandidat, Zimmerpolier Bauerbach, die bürgerlichen Stadtverordneten mit Stimmzetteln bediente. Welche Ehre!

Diese politischen Lumpereien könnte man noch weitgehend ergänzen. Für heute genug. Arbeiter von Hirschberg, gebt diesen „Arbeitervertretern“ am 17. November die wohlverdiente Quittung, wählt nur die kommunistische Liste 6, mit den Spitzenkandidaten Burghardt, Kurt, Rische, Robert, Umlauf, Fritz, und Ritzinger, Gustav.

### Zodesobier eines Autounglücks

Klempnermeister F. H. Seibel fuhr auf der Chaussee Hagnau-Spindlermühle mit seinem Motorrad in ein entgegenkommendes Auto. Er erlitt einen tödlichen Schädelbruch.

# Oberschlesien

## Gleiwitz

### Der Magistrat setzt Säuglinge aus

Daß die Unterstützung für Sozialhilfebedürftige in letzter Zeit abgebaut wurden, ist allen Unterstützungsempfängern bekannt. 100.000 Mark sind im Wohlfahrtsetat gestrichen worden; weitere Einsparungen sollen noch folgen.

Wieweit sich diese Einsparungsmassnahmen auswirken, ergibt das nachfolgende Schreiben:

Der Magistrat  
Gesundheitsamt  
Säuglingsheimverwaltung

Gleiwitz, den 8. November 1920.

Für Ihr im Säuglingsheim befindliches Kind Rosa sind an Pflegekosten zu bezahlen:

Für die Zeit vom 15. bis 31. Oktober = 17 Tage à 1,25 = 21,25 //

Für die Zeit vom 1. bis 30. November = 30 Tage à 1,25 = 37,50 //

Zusammen 58,75 //

Falls die Zahlung der Pflegekosten nicht innerhalb von drei Tagen in unserer Stadthauptkasse zum V. E. VI, 2 erfolgt, wird Ihnen das Kind zwangsweise zugeführt werden.

Die Empfängerin dieses Schreibens ist die ledige Hausangestellte M. Sch., die in Gleiwitz beschäftigt ist und monatlich 25 Mark Lohn erhält. Von diesem Betrage zahlt sie für ihr erstes Kind, das sich bei ihren Eltern befindet, 20 Mark monatlich. Der Vater dieses Mädchens ist Invalide und bezieht Pension und Rente von insgesamt 70 Mark monatlich. Daß M. Sch. den Willen zum Bezahlen der Pflegekosten hat, ergibt sich aus dem Umstand, daß sie die ersten sechs Wochen bezahlte.

Diese neue Schweinerei des Magistrats müßte unter allen werktätigen Frauen und Müttern einen Proteststurm entfachen, und alles aufhören, dem Zentrumsmagistrat die Quittung zu geben und die Liste 3 zu wählen.

## Hindenburg

### Wohnungslosensklammerung im Polizeigefängnis

Die „soziale“ Wohnungspolitik des Magistrats unter Leitung des Sozialfachmannen Franz zeigt sich am besten bei den Ermittlungen und den im Polizeigefängnis, Hermannstraße, untergebrachten Wohnungslosen. Gegenwärtig sind im Polizeigefängnis drei Familien untergebracht. Die Möbel dieser Leute stehen im Leihamt. Die Behandlung der Wohnungslosen im Polizeigefängnis steht der von Sträflingen nicht nach.

Jetzt täglich werden die bedauernswerten Menschen zu Protokoll vernommen. Mann und Frau müssen in getrennten Zellen schlafen. Beim Verurteilen der Zellen wird den Wohnungslosen wie den zum Tode Verurteilten alles abgenommen. Tabak, Streichhölzer, ja selbst die Hosenträger müssen abgegeben werden. Die Kritischen müssen früh raus- und abends reingetragen werden. Wer zu spät kommt, muß auf der Erde schlafen. Um 7.30 Uhr darf erst das Gefängnis verlassen werden und muß bis um 18 Uhr wieder betreten sein. Die Männer, die zur Arbeit gehen wollten, sind dadurch, daß man sie nicht herauslassen wollte, beträchtlich am Lohn geschädigt worden. Auf wiederholte Proteste und Vorlegwerden bei allen amtlichen Stellen gestattete man wohlwollend den Insassen, zur Arbeit zu gehen. Der eine Grundarbeiter konnte aber eine Zeilang nur Nachmittagsarbeit verrichten und mußte um 13 Uhr heraus. Herausgelassen haben sie ihn um 1 Uhr nachts. (Um 10.30 Uhr nachts war er sonst zu Hause.) Die Zeit von 10.30 Uhr bis 1 Uhr nachts mußte er vor dem Gefängnis warten. Endlich hatte man ihm auch gestattet, Tagelohn zu verdienen. Er wird aber bestraft (dem Gefängniswärter pagte das nicht) zur Strafe eine Stunde vorzeitig rausgelassen und muß sich bis zum Schichtanfang auf der Straße aufhalten.

Franz redete goldene Worte über die „soziale“ Wohnungspolitik in Hindenburg. Die Tatsachen, entlarven seinen Schwandel. — Arbeiter, am 17. November mifet diese „soziale“ Wohnungspolitik von dem Deutschnationalen Rebitzky bis zu dem Sozialdemokraten Franz aus. Wählt zum Kampf um die rote Kommune die Liste 3 der SPD.

## Beuthen

### 25 neue Kämpfer gewonnen

Die Ortsgruppe Beuthen der SPD. hat in den 14 Tagen der Werbekampagne 20 neue Parteigenossen und 5 Leser für die „Arbeiter-Zeitung“ gewonnen. Dieses Ergebnis ist aber nur ein Monats-Ergebnis von 23 Genossen. — Genossen, macht es weiter und überall so!

### Große SPD.-Pleite

Am Sonntag hatte die SPD. zu einer „großen“ öffentlichen Wählerversammlung aufgerufen. Die Propaganda hierfür wurde groß aufgezogen. Und der Erfolg:

14 Personen erschienen in der großen SPD.-Versammlung! Damit hat die Beuthener Arbeiterkassette sehr deutlich ihren Standpunkt den Sozialfachmannen klargemacht. Am 17. November geht ihnen die weitere Antwort!

## Friedland

### Der Spitzenkandidat der Wirtschaftspartei

Aus den Kreisen der Gewerbetreibenden wird uns mitgeteilt: Der deutschnationale Wapthausbesitzer Oskar Sachon hat sich als Spitzenkandidat der Wirtschaftspartei aufgestellt. Wie der Herr Spitzenkandidat aussieht, zeigen nachstehende Zeilen.

Mit einem elternlosen Dienstmädchen hatte S. ein uneheliches Kind. Die uneheliche Mutter wurde in der Inflationszeit abgefunden. Das Kind nahm ein armer Eisenbahnbeamter aus Breslau auf. Die Abfindung verfiel ebenfalls der Inflation und wurde mit 20 Mark aufbewahrt. Am 2. d. M. kam der Pflegevater des unehelichen Kindes zu Sachon, um auf Erträgen des Vormundschaftsgerichtes mit ihm wegen einer angemessenen Aufzucht zu verhandeln. Sachon hielt es nicht für notwendig, dem braven Bahnbeamten eine Gelegenheit zur Rücksprache zu gewähren. Er machte sich schlüssig, und so mußte der Beamte mit seiner Frau wieder abreisen.

Die Friedländer Arbeiter und Gewerbetreibenden empfinden eine solche Handlungsweise mit größter Entrüstung, insbesondere weil der erwähnte Beamte selbst vier unverjorgte Kinder hat. Herr Sachon hätte klüger sein und diese uneheliche Sache durch Einigung aus der Welt schaffen müssen.

Es wie in diesem Falle wird der famose Spitzenkandidat der „Wirtschaftspartei“ auch im Stadtparlament handeln. Diese Art

Leute vertritt nur gewissenlos und brutal ihre eigenen Interessen und die des Geldsacks. Die Friedländer müssen am 17. November mit solchen Leuten kurzen Prozeß machen. Keine Stimme für sie, alle Stimmen den Kommunisten.

## Kreuzburg

### Wieder ein Selbstmord

Den in letzter Zeit hier geschehenen Selbstmorden reihte sich am Freitag ein neuer an. Der Schuhmacher Lipinski machte durch Erhängen seinem Leben ein Ende. Der Grund zu diesem Schritt soll ein Nervenzusammenbruch sein. Die wirtschaftlichen Sorgen werden unserer Ansicht nach unschuldig an diesem Verzweiflungsschritt sein.

### Wohlfahrtsbame Frau Dr. Mey auf Stimmenfang

A. R. Auf der Liste der Deutschnationalen zu den Stadterordnetenwahlen kandidiert u. a. auch die Frau des Kreisarztes Dr. Mey. Bei den Ortsarmen ist Frau Dr. Mey als Wohlfahrtsbame gut bekannt. Viel Hunger haben die Armen dieser Frau zu verdanken. Jetzt will sich Frau Mey bei den Armen anbahnen, um ihre Stimmen zu fangen. Sie geht zu den ihr bekannten Armen und verspricht ihnen ein gutes Weihnachtsgeschenk, wenn die Armen sie wählen. Ihre Armen und Ausgebauten, fällt nicht auf die Versprechungen der Deutschnationalen und anderen Parteien bis zur SPD. herein. Jetzt versprechen sie euch alles, um euch nach der Wahl noch mehr das Fell über die Ohren zu ziehen. Keine Stimme den Ausbeutern und Volksbetrügnern. Alle Stimmen der SPD., der Liste 3.

## Oppeln

### Zigarrenfabrik Krupski & Zimmermann eine Ausbeutungshölle schlimmster Art

A. R. Ein feiner Betrieb, wo Ausbeutung und Schikanen besonders trah ins Auge springen, ist die Zigarrenfabrik Krupski & Zimmermann hat sich in Breslau eine Villa gekauft und verbringt dort seine Tage mit der schweren Arbeit, nämlich dem Verzehren des Profits, den circa 500 Arbeiterinnen schaffen. Seine übrige Arbeit besteht darin, daß er von Zeit zu Zeit einmal nach dem „Rechten“ sehen kommt.

Die Verhältnisse in der Fabrik sind natürlich dementsprechend. Eine Arbeiterin verdient im Durchschnitt bei neunständiger Arbeitszeit im Akkord 15 Mark. Es gibt eine Gruppe, das sind die Maschinenmädchen, die bringen es, wenn es hoch kommt, auch bis zu 30 Mark Wochenverdienst. Es wird vielleicht mancher sagen, eigentlich ein ganz schöner Verdienst. Wie bringen es diese Frauen aber zu dem schönen Verdienst. Nicht genug, daß sie neun Stunden in der Fabrik schuften, wird nach Schluß der Arbeitszeit noch Material zur Herstellung von Rissen mit nach Hause genommen, und dann geht es zu Hause weiter bis spät in die Nacht hinein. Wenn man sich einmal frühmorgens vor die Fabrik hinsetzt, da sieht man, wie sie schwer beladen mit den fertigen Rissen, die sie in der Nacht gemacht haben, ankommen. So sieht der schöne Verdienst aus. Ausbeutung in schlimmster Art.

# Die letzte Sitzung des Neustädter Stadtparlaments

SPD. nimmt am Abschiedsanfang teil — Zentrum und SPD. gegen Bau von Arbeiterwohnungen — Ein Streikzug durch die alte und neue Stadtbütergalerie — Arbeiter, am 17. wählt du Liste 3, die SPD.

Das Neustädter Stadtparlament, das am vergangenen Freitag seine letzte Sitzung abhielt, die in einem Saufgelage ihren Abschluß fand, an welchem auch die besagten „Arbeitervertreter“ Beldä und Weiß teilnahmen, ist nun „festig“ eingeschlafen. In dieser letzten Sitzung haben die Vertreter die Anträge der kommunistischen Fraktion, die Wirtschaftsbetriebe für die Armen der Armen forderte, aufgeschoben. Zagegen war es noch unbedingt nötig, Mittel für die Inneeinrichtung des Lyzeums nachzubewilligen.

Der kommunistische Antrag auf Bau von Arbeiterwohnungen wurde von dem SPD.-Mann Weiß und dem „christlichen Arbeiterführer“ Schwarzer für nicht dringend befunden.

Dieser Herr Weiß, bezahlter Bunge der freien Gewerkschaft, hat es auch schon fertig gebracht, gegen Tariflohn bei Poststandsarbeitern zu himmen. Trotzdem hat die SPD. diesen „bewährten“ Parlamentarier wieder als Spitzenkandidaten für die Kommunalwahl aufgestellt. Auch die Vertreter der Mieterpartei haben, trotzdem sie nur von Arbeitern gewählt wurden, eine ausgesprochen arbeitervindliche Politik betrieben. Bei der Verfertigung der leerstehenden ehemaligen Mädchenschule an die katholische Kirche stimmte der „Mietervertreter“, Schuhknechtmann Pentzschel, dafür, trotzdem er sonst öfters rabidale Töne anschlägt und sehr parsonam mit dem Stadtsäckel umzugehen wünscht. Auch jetzt prangt dieser Herr an zweiter Stelle auf der Liste „Mieterpartei“. Durch ihre bürgerliche Politik haben die Mietervertreter bewiesen, daß sie nicht bestrebt sind, das Wohnungselend zu lindern. Unter Führung des Rechtsanwalts Stern, der sein Mandat mehr als Rechtsanwalt wie als Mieter betrachtete, ging die „Mieterpartei“ bei jeder Gelegenheit mit den bürgerlichen Parteien Hand in Hand. Der aus der Mieterpartei hervorgegangene Stadtrat Berger, der Angestellter bei der Firma S. Fränkel ist, hat im Magistrat nur die Interessen seines Brotherrn vertreten, was er bei Vergabung der Wohnungen in den S. Fränkelschen Neubauten zur Genüge bewies. Jetzt werden auch diese Demagogen wieder um die Stimmen der Arbeiter buhlen.

Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ unter Leitung (!) des Justizoberinspektors Gödel bildet ein weiteres Glied im Bunde der Bestehenden. Herr Gödel, der stets für Befastigung der untersten Schichten eintritt, war auch für Erhöhung des Gas-, Wasser- und Strompreises sowie für Einführung der Biersteuer. Sein Bundesgenosse ist der Kaufmann Juliusburger, ein Mann, der von Arbeitergroßhändlern, dessen ungeachtet aber direkt als Arbeiterfeind betrachtet werden kann. Nicht zu vergessen ist der christliche Ausbeuter, Stadereisabrilant Meßner, der ein würdiges Mitglied dieser Vereinigung ist.

Die deutschnationale Fraktion hatte als Führer den Flüchtlingslehrer Bogel, welcher neben seinem Parteigebiet ziemlich hohe Einkommen als Geschäftsführer des „Neustädter Tageblattes“ bezieht. Herr Bogel ist der ausgesprochene Typ eines Bierphilisters. Um

# Oeffentliche Wahlversammlungen!

Die Kommunistische Partei veranstaltet folgende öffentliche Wahlversammlungen:

Donnerstag, den 14. November, in Ziegenhals.

Freitag, den 15. November, in Cosel.

Sonabend, den 16. November, in Ratibor.

In sämtlichen Veranstaltungen spricht der Genosse Reichstagsabgeordnete Anton Jadasch.

Aber noch etwas anderes. Bei Zuteilung des Tabaks zur Verarbeitung werden der Hokerin ins Buch 250 Gramm eingeschrieben, geliefert werden aber nur 210, im Höchstfalle 220 Gramm, oder der Wickelmacherin werden 5 Pfd. eingeschrieben, geliefert nur 4½ Pfd. Aus diesen 5 Pfd. Tabak kann man höchstens 1000 Zigaretten machen, was ich nun, wenn sie aber nur 4½ Pfund Tabak erhält? Es reicht natürlich nicht, und dann geht die Trübsal los. Da fragt man sich bloß, wofür eigentlich das Fehlgewicht kommt. Wird Herr Kaufmann darauf aufmerksam gemacht, so rührt ihn das gar nicht, sondern er sagt höchstens: „Nu, beschweren Sie sich doch bei Herrn Procuristen Bek.“ Bei dem praktisch aber jede Beschwerde sofort ab.

Es gibt noch sehr viel Mißstände, worüber geschrieben werden könnte. Für heute soll es genug sein, in Kürze kommt eine neue Ausgabe.

Sind möchten wir aber heute schon den Frauen sagen: Besser werden kann es nur, wenn sie anfangen werden, sich für Politik zu interessieren, damit sie begreifen werden, warum all dies geschieht und in wessen Interesse eine solche Politik gemacht wird.

Zu diesem Zwecke veranstaltet die kommunistische Partei eine öffentliche Frauenversammlung am Freitag, dem 15. November, im Schützenhause, wo eine Frau über das Thema „Warum muß sich die Frau für Politik interessieren?“ sprechen wird. Heute schon sind alle werktätigen Frauen dazu eingeladen.

## SPD.-Wahlmilk

Der „Deutsche Beamtenbund“, die bürgerliche Organisation, in der die Oppelner SPD.-Leute führend „wirken“, leistet Wahlarbeit in La Künstler für die SPD. Nur mit dem Unterschied, daß Künstler in Berlin Wahlweise ausgab, während seine Oppelner Freunde Guttschneide für Wahlmilk an ihre Kollegen während der Wahl ausgeben.

Die Postung auf Stimmenfang mit solchen Mitteln dürfte bei den unteren Beamten nicht versagen. Ihre Interessen sind mit den Interessen der Arbeiter auf das engste verbunden. Sie werden bei der Wahl der Liste 3, kommunistische Partei, die Stimme geben und darüber hinaus sich auch mehr als bisher in derselben organisieren.

So schreibt uns ein unterer Beamter!

## Unterstützungszahlung

Die nächste Zahlung wird für Rentner auf Montag, den 18. November 1920, die Zahlung der Zuschüsse an Sozialrentner auf Dienstag, den 19. November 1920, vormittags von 9-1 Uhr festgesetzt. Die Zahlung erfolgt in der Zahlstelle des städtischen Wohlfahrtsamtes, Malapanner Straße, Baracken. Um pünktliche Einzahlung des Termins wird gebeten.

mehr Stimmen zu ergattern, hat er jetzt einen eigenen Laden aufgemacht, der sich den sozialtönenden Namen „Wahlgemeinschaft der Kleinrentner, Sozialrentner und sonstiger Inflations- und Kriegsgeschädigten“ beigelegt hat. Trotzdem Bogel mit diesen Kategorien sehr wenig gemeinsam hat, versucht er doch, weite Kreise der unangestellten Bevölkerung damit zu ködern. Er wird auch unter diesem Deckmantel seine nationale, arbeitervindliche Politik weiter betreiben.

Als weiteres nationales Sammelbeden hat sich die „Evangelische Wahlgemeinschaft“ gebildet. Aber auch auf diesen Reim werden wohl wenig Dumme kriechen.

Die Zentrumspartei war bisher die stärkste Fraktion in Gemeinschaft mit den „christlichen Arbeitnehmern“, die in Wirklichkeit auch nur ein Sammelbeden für die Zentrumspartei vorstellten. Die Politik, die diese beiden Wahlgruppen betrieben haben, werden sie jetzt gemeinschaftlich im Sinne des Klerus und des Geldsacks und zum Schaden der werktätigen Bevölkerung weiterführen. Der christliche Gewerkschaftssekretär Beldä, der bisher, wenn Anträge für die arbeitende Bevölkerung gestellt wurden, entweder durch Abwesenheit glänzte oder durch demagogische Winkelzüge sich ständig aus der Schlinge zu ziehen wußte, prangt auch jetzt wieder an der zweiten Stelle auf der Zentrumsliste. Auf Grund seiner jetzigen Wirtschaftslage, bei einem Einkommen von monatlich über 1000 Mk., hat er seine Dekunst ganz dergleichen. Im Glend aufgetauchen, haben ihm seine demagogischen Künste im Dienste des Zentrums schnell eine zufriedene Existenz verschafft. Weitere würdige Mitglieder der Zentrumsklasse sind die Herren Mey, Raschdorf, die drei Schwarzer und die Paritätsbame Rüdert. Sie alle sind unter Leitung des „ewigen“ Stadtverordnetenvorstehers, Cherebalters der „Neustädter Zeitung“, Würfel, willige Handlanger des Klerus und des Kapitals. Unter Leitung dieser Zentrumsklasse ist es so weit gekommen, daß im Stadtbetrieb nur Mitglieder der Zentrumspartei beschäftigt werden. Diese Leute, die dauernd von „Mächtenliebe“ predigen, tun aber nicht das Geringste zur Beseitigung des großen Wohnungselends, zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit und Schaffung besserer Lebensbedingungen für die arbeitenden Schichten der Bevölkerung.

Bedinglich die kommunistische Partei kämpft für bessere Lebenshaltung der Arbeiter und ist bemüht, das Los der Wohlfahrtsunterstützten zu bessern. Die SPD. setzt sich immer wieder für den Bau von Arbeiterwohnungen ein. Sie bekämpft das ganze, moralische System bis zur völligen Vernichtung. Arbeiter, geht den bürgerlichen Heuchlern, welche sich nur in Wahlkampagnen rabid gebärden und alles Mögliche versprechen, um euch dann zu verraten, die Quittung am 17. November!

Keine Arbeiterstimme der bürgerlichen Clique!  
Jede Stimme den Kommunisten — Liste 3!

# Genossen, wir werben weiter!

Steigert die Werbung! — Erreicht bis zum 17. November das Werbesoll — Meldet sofort die Werbergebnisse der DL.

# Banzertreuzer und Brot

## Wie die oppositionelle SA.-Jugend die SPD.-Banzertreuzerpolitik kennzeichnet

Wir veröffentlichen heute auf der ersten Seite unseres Blattes die Erklärung der zur kommunistischen Partei übergetretenen sozialdemokratischen Jugendgenossen Fritz Keumann und Hermann Schiller aus Nieder-Salzbrunn, die symptomatisch für die wachsende Empörung der sozialdemokratischen Jungarbeiter Waldenburgs gegen die SPD.-Politik ist. Wie Karl diese Empörung der oppositionellen SAJ. in Kreise Waldenburgs zeigt, nachfolgender Bericht über eine Besprechung der SAJ., die am 1. Mai in Nieder-Salzbrunn stattfand. Gerade angesichts des neuen Wahlschlusses der SPD. ist es angebracht, weiteste Kreise der Arbeiterschaft an diese durchaus treffende Charakterisierung der SPD.-Politik durch die oppositionelle SAJ. zu erinnern.

Bereits die Vorbereitung der SAJ.-Versammlung zum 1. Mai ist unter den funktionsreichen der Sozialdemokratischen Partei helle Empörung aus. Eine noch schnell vor dem 1. Mai tagende Sitzung der SPD. beschäftigte sich mit dem von der Jugend aufgestellten Programm und forderte dessen Abänderung, über die (Schluss) der oppositionellen Jugendgenossen. Dieser Einheitsstellungsversuch scheiterte, die Jugend ließ sich durch die Parteifunktionsleiter nicht bedrücken. In der Versammlung am 1. Mai wurden die Gesichter der verordneten Parteifunktionsleiter immer länger, da die Jugend das wahre Gesicht der Sozialdemokratischen Partei erkannte. Der Text des Sprechers der Jugend war ganz Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gewidmet. Die politische Rede in sechs Akten zeigte deutlich den Verrat der SPD., vertritt an der Arbeiterklasse. Es wurde auf der Bühne ein Brotkorb gezeigt, der hochgehoben wurde. Eine Schar Kinder langte danach, schrie um Brot und konnte den Brotkorb nicht mehr erreichen. Die Enttäuschung war groß, als statt des Brotkorbes ein Banzertreuzer herunterkam. Von der anderen Seite der Bühne kamen mehrere Personen und unterhielten sich über die SPD.-Politik. Es wurde erklärt, die SPD.

sei heute schwarzrotgelb, aber wenn der Kaiser wiederkommt, dann rollt sie die schwarzrotgelbe Fahne wieder ein und wird wieder lafsertreu. In einer weiteren Unterhaltung über den Banzertreuzer wurde gesagt, wenn ein neuer Krieg ausbricht, greift der Sozialismus den Waffen und verteidigt das Vaterland. Im selben Moment erschienen mehrere Arbeiter, einer mit einem großen Hammer bewaffnet, und fragten die Kinder, ob dieses ihr Brot sei. Darauf wurde der Banzertreuzer geschlagen. Der wahre Befehl lautet davon, daß die jugendlichen Arbeiter in der SAJ. den Verrat ihrer Partei erkennen haben. Als die Spitze den Saal verlassen hatten, schlugen sich die verordneten Funktionäre auf die Jugend und erklärten, wenn sie gewußt hätten, daß sie — die SAJ. — Kommunisten seien, hätten sie der Veranstaltung nicht beigewohnt. Wenn wollte dazu übergehen, verabschieden Jugendliche aus der SAJ. auszuschließen. Die Jugendfunktionäre erklärten, das Geplante sei Wahnsinn. Das wurde von den Funktionären nicht abgelehnt, aber sie sagten, um die Partei nicht öffentlich in Mißkredit zu bringen, müssen bewertige Aufführungen unterbleiben.

Wir verstehen den Schmerz der Waldenburger Banzertreuzeroppositionellen Jugendgenossen, die sich mit lenkenden Protestresolutionen gegen die Banzertreuzerpolitik nicht begnügen, sondern öffentlich die arbeiterefeindliche Politik brandmarken, ist in der SPD. und der SAJ. kein Platz. Sie gehören in die kommunistische Partei. Jede Austrittserklärung sozialdemokratischer Arbeiter aus der Partei des Banzertreuzers, jeder Austritt zur kommunistischen Partei ist ein Hammer Schlag gegen die Banzertreuzerpolitik.

Sozialdemokratische Arbeiter, Jungproletariat, führt am 17. November den Hammer Schlag gegen die Partei des Sozialfaschismus. Keine Stimme dieser Verräterpartei! Alle Stimmen der kommunistischen Partei, der Liste 8!

Wie wurde Verhandlung zum vor dem Schwurgericht in Schweidnitz gegen die Textilarbeiterin Anna Scholz, Weberin, Langenbielau, Konrad Waltherr, Langenbielau, und Arbeiter Adamich aus Reichenbach wegen „versuchter Mord und Körperverletzung“ statt. Sie hatten während der Textilarbeiterausperrung in Reichenbach bei einer Fabrik gestanden, wo Streikbrecher in die Fabrik gehen wollten. Es kam dabei zu Auseinandersetzungen. Man verlor auch hier, einen Landfriedensbruch nach § 126 zu konstruieren. Als Zeugen traten ein Waltherr, Reichenbach, der als Streikbrecher in den Betrieb gehen wollte, ebenfalls ein Arbeiter Müller und Joppe. Alle drei Streikbrecher. Als weitere Zeugen fungierten Polizeiwachmeister Jahn und Oberwachmeister Raschner. Aus den Zeugenaussagen ist nichts Wesentliches zu entnehmen, als wie Streikbrecherhelfer sich zusammenfinden wollten, zum gemeinsamen Durchbruch der Streikbrecher. Der Staatsanwalt erhob die Anklage wegen versuchter Mord und beantragte für alle drei eine Gefängnisstrafe von einer Woche gegen jeden.

Die Verteidigung hatte wieder der Rechtsanwalt Dr. Waltherr, als Verteidiger der roten Hilfe. Der Anwalt beantragte, nachdem er die Anklage gründlich geprüft hatte, Freisprechung. Das Schwurgericht sah sich genötigt, drei Angeklagte freizusprechen. Die Genossin Scholz, Anna, erhielt eine Geldstrafe von 80 Mark.

Das Urteil der Schweidnitzer Klassenrichtei ist ein neues Glied in der Kette der Terrorurteile, die in den letzten Wochen, wie überall im Reich so auch in Schlesien und Oberschlesien, gefällt wurden. Wir erinnern an das Urteil in Breslau gegen die Arbeiter, die am Roten Frauentreffen teilgenommen haben. Wir erinnern an das Schandurteil gegen den Genossen Töpfer, Blegitz, gegen frühere Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes in Oberschlesien, die für den Gruß „Rot Front“ Gefängnisstrafen erhielten. Das Schweidnitzer Urteil zeigt die Klassenjustiz im Dienste der Textilarbeiter, jener inhumanen Ausbeuter, die die beschriebene Lohnforderung der Arbeiter ablehnten, aber Millionen über Willkür ausbrachten, um ihre Betriebe acht Wochen zu schließen und die hungernden Weber auszuperrern. Eine Welle der Empörung ging durch die Arbeiterschaft, als vor 20 Jahren schließliche Arbeiter, die sich gegen Streikbrecher wehrten, auf Grund des § 54 der Gewerbeordnung zu Gefängnis verurteilt wurden. Das Langenbielauer Urteil ist noch schändlicher als jene „Rechtssprüche“ in der wilhelminischen Zeit. Je mehr sich die Klassenkämpfe zuspitzen, je enger sich der Dreißund, Staat, Unternehmer und Gewerkschaftsbürokratie gegen die kämpfende Arbeiterschaft zusammenschließen, um so mehr wird die Klassenjustiz zur ausgesprochenen Terror- und Inzestjustiz. Die 28 Monate Gefängnis gegen die verurteilten Textilarbeiter werden in der gesamten Arbeiterschaft klammern Protest hervorrufen. Falschliche Bombenattentäter, Fememörder, nationalsozialistische Buschflüsterer, nationalsozialistische Wegelagerer, die berufsmäßig Arbeiter überfallen, bleiben von der Klassenjustiz unbehelligt bzw. werden nach kurzer Untersuchung wieder freigelassen und kommen mit den mildesten Strafen davon. Die Proletariat aber, die sich gegen das Streikbrecherpack aktiv zur Wehr setzen und damit ihre Lebensinteressen wahren, fliegen ins Gefängnis. Das Schweidnitzer Urteil wird keinen Arbeiter abscheiden, auch in Zukunft bei Streits sich gegen das von den Unternehmern bezahlte Gefängnis taufällig zur Wehr zu setzen. Es wird aber Tausende von Arbeitern in Stadt und Land aufstellen, den Kampf gegen den Dreißund Staat, Unternehmer und Gewerkschaftsbürokratie mit größter Intensität zu steigern.

Wir erinnern daran, daß während der Ausperrung die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten und die örtlichen Streikleitungen auf Anforderung der Unternehmer sogenannte Notstandsarbeiter, zu deutsch Streikbrecher, während der Ausperrung vermittelt haben, wobei als Streikbrecher nur organisierte Arbeiter in Frage kamen. Allein dieser Umstand zeigt, daß die reformistische Kampfstatt in Wirklichkeit ein Bündnis mit den Unternehmern zur Niederrückbildung der Arbeiter ist. Um erfolgreiche Kämpfe führen zu können, müssen die Arbeiter sich eine neue Führung schaffen, sie müssen sich enger als bisher um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition scharen und müssen insbesondere sofort in allen Betrieben Stellung zu dem Reichslangreß der Gewerkschaftsopposition nehmen.

Wahl von Delegierten, Finanzierung der Delegationen durch Sammlungen in den Betrieben, Gewerkschaften und Stempelstellen, das sind die konkreten Aufgaben, die die schlesischen Weber als Antwort auf den reformistischen Verrat während der Ausperrung und die Terrorurteile des Klassengerichts sofort durchführen müssen.

Die reformistischen Bürokraten werden bekanntlich nicht müde, zu behaupten, die Opposition arbeite an der Spaltung der Gewerkschaften. Daß in Wirklichkeit die zur Bourgeoisie übergelaufenen reformistischen Gewerkschaftsführer die Spalter sind, haben wir schon oft nachgewiesen.

Jetzt liegt dafür ein klassisches Beispiel aus Finnland vor. In dem finnischen Gewerkschaftsbund hat bekanntlich die Opposition die Mehrheit. Das war für die Reformisten Anlaß genug, zum 30. September eine eigene sogenannte Gewerkschaftskonferenz einzuberufen. Ueber den Zweck der Konferenz unterrichtete im sozialdemokratischen Organ „Arbetersbladet“ in Helsinki. Dort ist es u. a.:

„Wenn die Konferenz beschließt, keinen neuen Gewerkschaftsbund zu gründen, so bedeutet das durchaus nicht, daß unsere Arbeit aufhören soll. Im Gegenteil, sie muß vielmehr gesteigert werden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß einige nicht kommunistisch geführte Verbände es für notwendig erachten, den Gewerkschaftsbund zu verlassen. Dem steht auch nichts im Wege, denn die Verbände haben ja an einem Austritt nichts zu verlieren, sie können wieder eintreten, sobald die Umstände dies gestatten.“

Weil die Reformisten erkannt haben, daß sie auf dem demokratischen Wege die linke Führung nicht beseitigen können, schreiten sie ohne jede Hemmungen zur Spaltung. Es wurde demgemäß beschloffen, die Beziehungen zum Gewerkschaftsbund, in welchem die Kommunisten die ganze Macht an sich gerissen haben, abzubrechen. Gleichzeitig beschloß man, daß neue sozialdemokratische Gewerkschaften dort, wo es nötig ist, gegründet werden sollen.

So sehen die Verlierer der Demokratie aus. Sie sind nur so lange für die Demokratie, als mit diesem Mittel ihr Machtapparat gehalten werden kann. Im anderen Falle greifen sie rücksichtslos zur Spaltung und Vernichtung der Organisationen.

## Wer lebt besser:

## Erwerbsloser oder Polizeihund?

Ein bestunterstützter Erwerbsloser erhält in der Woche 22-30 Mark Unterstützung. Hat er fünf Kinder, so entfällt auf eine Person pro Tag 45 Pfennige.

Ein durchschmittlicher Unterstützter erhält pro Woche 10-15 Mark. Bei ihm kommt auf die Person pro Tag 25 Pfennige.

Im Preussischen Landtag wurde der Polizeietat mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums bewilligt. Dieser Etat bestimmt für die Verpflegung eines Polizeihundes pro Tag 60 Pfennige.

Prolet pro Tag 25-45 Pfg.

Polizeihund pro Tag 50 Pfg.

Mit den Stimmen aller Parteien (also SPD., Zentrum usw.) wurde der Polizeietat der Preussenregierung, an deren Spitze ein Sozialdemokrat steht, angenommen, welcher an Ausgaben für Polizei und Landjäger im Jahre 1929 nicht weniger als 359 275 231,- Mark beträgt gegenüber 87 270,44 Mark im Jahre 1913. Das ist auch ein „Erfolg“ der Koalitionspolitik.

**Gebt Antwort am 17. November! Wählt die Listen der SPD. In Niederschlesien Liste G, in Oberschlesien Liste B.**

# Die Klassenjustiz im Dienste der Unternehmer

## Terrorurteil gegen Langenbielauer Arbeiter

Vor dem Schöffengericht in Schweidnitz standen die Langenbielauer Textilarbeiter, die während der Ausperrung im Juli dieses Jahres sich gegen die Streikbrecher zur Wehr setzten. Es waren angeklagt die Arbeiter Paul Scholz, Gustav Steiner, Bernhard Gottwald, Emil Leier, Max Riedel, Karl Schubert, Emil Schüller und Edward Scholz. Als Verteidiger der Angeklagten fungierten die Rechtsanwältin Kremsler, Schweidnitz, von Seiten des Deutschen Textilarbeiterverbandes, und Gottschilf aus Breslau.

Aus den Aussagen der angeklagten Textilarbeiter kam zum Ausdruck, daß wiederholt von der Firma Meyer-Kaufmann in Tannhausen Waren aus dem Langenbielauer Werk abgeholt wurden. Auch am 9. Juli war dies wieder der Fall. Diesmal wurden nicht nur Waren von Langenbielau abgeholt, die dann in Tannhausen verpackt gemacht und an die Kunden geliefert wurden, sondern an diesem Tage wurden sogar die Maschinen in Langenbielau weggeholt. Die Langenbielauer Textilarbeiter sahen, daß eben die Arbeiter, die bisher an diesen Maschinen gearbeitet hatten, nicht mehr eingestellt werden sollten. Als diese Mitteilung sich herumgesprochen hatte, sammelten sich etwa 400-500 Arbeiter vor dem Tore der Firma an. Als die Autos mit den Streikbrechern, der Ware und den Maschinen den Hof verließen, bemächtigte sich der Arbeitermasse große Erregung. Die Arbeiter machten ihrer Empörung Luft und versuchten, den Streikbrechern die Verwerflichkeit ihrer Handlungsweise klarzumachen.

Man hatte einen mächtigen Zeugenapparat gegen die Textilarbeiter aufmarschieren lassen. In erster Linie waren es die Streikbrecher aus Tannhausen, der Ingenieur der Firma und die Langenbielauer Polizei. Die Streikbrecher mußten zugeben, daß sie wohl beschimpft, auch mit Steinen beworfen wurden, daß sie aber nicht sagen konnten, wer es gewesen ist. Alle Arbeiter waren empört über diese Provokation der Firma. Der Arbeiter Paul Scholz sprang auf das Trittbrett des Lastkraftwagens und schrie dem

Chauffeur zu, daß er ein Streikbrecher sei. Den anderen konnte überhaupt keine Beteiligung in irgendeiner Art nachgewiesen werden.

Der Staatsanwalt konstruierte einen Landfriedensbruch. Er beantragte gegen die angeklagten Langenbielauer Textilarbeiter eine Strafe von 28 Monaten insgesamt. Er forderte für Scholz, Paul, acht Monate, die Arbeiter Steiner, Gottwald, Leier, Schubert und Schüller je vier Monate. Für die beiden Angeklagten Riedel und Scholz, Edward, Freispruch.

„Vor elf Jahren Republik aus der Taufe gehoben“

„Welche Ironie des Schicksals“, so beginnt der Rechtsanwalt Dr. Gottschilf, „heute vor elf Jahren wurde die junge Republik von der deutschen Arbeiterschaft aus der Taufe gehoben. Heute nach elf Jahren sitzen die Textilarbeiter aus dem Gulgengebirge, die zu den schlechtest bezahlten Arbeitern der Welt gehören, auf der Anklagebank. Es steht fest, daß die Entfernung der Maschinen und das Verladen der Waren, das Verschaffen von Streikbrechern, eine der schlimmsten Provokationen darstellt, die man sich denken kann. Die Arbeiter befanden sich im Lohnkampf. Andere Menschen fielen ihnen bei diesem gerechten Kampf in den Rücken. Streikbrecher ist der größte Schimpf, den man einem Arbeiter nach der Morallehre der Arbeiter gibt. Die Anwälte sollten sich einmal vor Augen führen, wenn sie in einen Richterstreik treten würden und in jedem Orte würde sich ein Lump finden, der den kämpfenden Anwälten in den Rücken fallen würde, dann würden sich die Richter auch wehren. Das, was man selbst tun würde, muß man auch den kämpfenden Arbeitern zubilligen. Er plädiert auf Freispruch.“

Das Urteil lautete: Der Arbeiter Scholz, Paul, sechs Monate, der Arbeiter Schubert vier Monate, die Arbeiter Steiner, Gottwald und Leier je drei Monate. Die Arbeiter haben gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

## Wer spaltet die Gewerkschaften?

(Aus der letzten erschienenen Nummer von „Betrieb und Gewerkschaft“)

Die reformistischen Bürokraten werden bekanntlich nicht müde, zu behaupten, die Opposition arbeite an der Spaltung der Gewerkschaften. Daß in Wirklichkeit die zur Bourgeoisie übergelaufenen reformistischen Gewerkschaftsführer die Spalter sind, haben wir schon oft nachgewiesen.

Jetzt liegt dafür ein klassisches Beispiel aus Finnland vor. In dem finnischen Gewerkschaftsbund hat bekanntlich die Opposition die Mehrheit. Das war für die Reformisten Anlaß genug, zum 30. September eine eigene sogenannte Gewerkschaftskonferenz einzuberufen. Ueber den Zweck der Konferenz unterrichtete im sozialdemokratischen Organ „Arbetersbladet“ in Helsinki. Dort ist es u. a.:

**Am 17. November — wählt Kommunisten!**

